REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt: 61706/1.

16 -06- 2017
WETGEVING

Der für Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ÜBER INTEGRATION UND DAS ZUSAMMENLEBEN IN VIELFALT

INHALTSANGABE

Mit diesem Dekretentwurf werden die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Integration von Migranten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt.

Zum einen soll die Integration durch verschiedene Angebote gewährleistet werden können. Diese Angebote, wie die strukturelle Förderung eines Referenzzentrums oder die Einrichtung eines Integrationsparcours, erhalten durch vorliegendes Dekret eine rechtliche Grundlage. Zum anderen werden die Verpflichtungen seitens der Migranten über ihre Integrationsmaßnahmen definiert.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	6
Vorentwurf	16

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Artikel 5 §1 II. Nummer 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen sieht vor, dass die Gemeinschaften für die Integration von Migranten zuständig sind.

Seither sieht die Deutschsprachige Gemeinschaft sich den Herausforderungen der Integration und dem Zusammenleben in Vielfalt gegenübergestellt. Der Anstieg der Zahl der Migranten im Jahr 2015 hat den Bedarf für eine effektive Integrationspolitik noch verstärkt. Ob und inwieweit die Integration auch in diesem Kontext der weltweiten Migration gelingen kann, hängt ganz wesentlich von den Integrationsmaßnahmen ab. Hierdurch entstand die Notwendigkeit, vor allem aber auch die Sinnhaftigkeit, eine rechtliche Grundlage für die Maßnahmen im Bereich Integration zu schaffen.

Vorliegender Dekretentwurf enthält demnach neben Begriffsbestimmungen, Zielen, und Zielgruppen, konkrete Maßnahmen im Bereich Integration. Dabei wird der Schwerpunkt auf die Integration von Migranten gelegt; das bedeutet konkret, alle Personen, die nicht die belgische Staatsangehörigkeit haben und dauerhaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft leben. Migranten, die kein gültiges Aufenthaltsrecht haben, können bei genügend vorhandenen Angeboten die Integrationsmaßnahmen ebenfalls beanspruchen.

Des Weiteren gilt vorliegender Dekretentwurf unbeschadet aller vorherigen Regeltexte, die bereits in irgendeiner Weise Integrationsmaßnahmen regeln, so wie das Dekret vom 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neuankommenden Schülern.

Die Verantwortung für einen erfolgreichen Integrationsprozess tragen alle Akteure gemeinsam, sowohl die Migranten als auch die Aufnahmegesellschaft. Daher folgt das Dekret dem Grundsatz „Fordern und Fördern":

Die Migranten sind GEFORDERT zu ihrer Integration beizutragen, indem sie sich beispielsweise bemühen, die Sprache zu erlernen oder ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten oder die dafür notwendige Bildung zu erwerben und die Gepflogenheiten der Aufnahmegesellschaft kennenzulernen und diese zu respektieren.

Integration kann aber nur dann gelingen, wenn auch die Aufnahmegesellschaft ihren Teil beisteuert. Es ist Aufgabe aller gesellschaftlichen und politischen Akteure der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die neuen Mitbürger beim Integrationsprozess zu begleiten und die richtigen Rahmenbedingungen und Hilfsangebote zu schaffen. Mit der Zielsetzung einer selbstbestimmten und aktiven Teilhabe aller am gesellschaftlichen Alltag werden die Migranten GEFÖRDERT.

Integrationsparcours

Eine der Integrationsmaßnahmen ist die Schaffung eines Integrationsparcours. In diesem Rahmen lernen die Migranten unsere Sprache sowie unsere Rechte und Pflichten kennen. Außerdem werden sie bei ihrer sozial-beruflichen Integration unterstützt. Begleitet werden sie bei diesen ersten Schritten in der neuen Heimat durchgehend vom Referenzzentrum für Integration und Migration. Durch die Verabschiedung dieses Dekrets wird die Teilnahme für bestimmte Migranten auch verpflichtend sein. Die verpflichtete Zielgruppe wird beim Integrationsparcours prioritär behandelt. Die Migranten, die freiwillig teilnehmen, werden im Rahmen freier Plätze und Kapazitäten bedient.

Referenzzentrum für Integration und Migration

Im Rahmen des vorliegenden Dekrets erhält ebenfalls das Referenzzentrum für Integration und Migration eine dekretale Grundlage. Aufgabe des Zentrums ist es, alle Migranten bei ihrem Weg zum selbstbestimmten Leben in Ostbelgien zu unterstützen und allen Personen, die mit Migranten arbeiten, bei Fragen beratend zur Seite zu stehen.

Förderung von Integrationsmaßnahmen

Der vorliegende Dekretentwurf schafft eine rechtliche Grundlage für die Förderung von weiteren Integrationsmaßnahmen. Als konkrete Beispiele sind die beiden kommunalen Integrationsbeauftragten oder die Bezuschussung innovativer Projekte zu erwähnen.

Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt

Um die Zivilgesellschaft aktiv in die Gestaltung der Integrationsmaßnahmen einzubeziehen, wird ein Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt geschaffen. Dieser soll den Diensten im Bereich der Integration beratend zur Seite stehen, indem er beispielsweise die Situation der Migranten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft analysiert.

Zielsetzung des Dekrets

Ziel dieses Dekretentwurfs ist die Förderung der sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund. Außerdem soll das allgemeine Verständnis für Integration und kulturelle Vielfalt im Rahmen dieses Dekretentwurfs verbessert werden. Ganz entscheidend ist hierbei, dass die Migration als Chance für die Entwicklung der Gesellschaft begriffen wird.

Bei der Erarbeitung des Dekretentwurfs wurden relevante Akteure einbezogen. Zum einen basiert dieser Dekretentwurf auf den Empfehlungen der „Arbeitsgruppe Integration des Rates für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration (RESI)". Im Jahr 2014 hat diese Arbeitsgruppe ein Konzept für die Integration vorgeschlagen, in dem sie unter anderem die Schaffung eines Referenzzentrums sowie die Unterstützung der Migranten beispielweise durch zusätzliche Angebote zum Spracherwerb empfiehlt.

Zum anderen wurde 2015 die „Arbeitsgruppe Integrationsparcours" eingesetzt mit der Aufgabe, ein konkretes Konzept für einen Integrationsparcours in Ostbelgien zu erarbeiten. In dieser Arbeitsgruppe waren neben Regierung und Ministerium auch die lokalen Behörden, der Wirtschafts- und Sozialrat, Info-Integration sowie Migranten selbst vertreten. Die Arbeitsgruppe hat 2016 der Regierung einen Endbericht mit einer Reihe von Empfehlungen übermittelt.

Der vorliegende Dekretentwurf stützt sich auf die im Endbericht enthaltenen Empfehlungen sowie auf die in den Jahren 2016 und 2017 bei der Schaffung neuer Integrationsmaßnahmen gesammelten Erfahrungen. Das betrifft spezifisch die strukturelle Förderung eines Referenzzentrums, die bereits geförderten Intensiv-und niederschwelligen Sprachkurse sowie die Ausarbeitung und das Erteilen eines Integrationskurses. Zur Umsetzung dieser ersten Erfahrungen hat die Regierung ein Konzept zur Integration verabschiedet, welches vom Wirtschafts- und Sozialrat begutachtet wurde. Das Gutachten findet im Dekretentwurf Berücksichtigung.

Darüber hinaus wurde in Form einer Absichtserklärung mit einigen Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) und dem neuen Referenzzentrum ein Pilotprojekt gestartet, um die Zusammenarbeit im Rahmen des Integrationsparcours zu erproben.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Im Anwendungsbereich wird festgelegt, dass dieser Dekretentwurf auf alle Dienste und Behörden, die im deutschen Sprachgebiet im Bereich der Integration tätig sind, sowie alle Migranten, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben, anwendbar ist.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretentwurfs, die an mehreren Stellen vorkommen und sorgt so für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Da unter dem Begriff Migranten jede Person zu verstehen ist, die eine Staatsgrenze überquert und sich dauerhaft in dem anderen Land aufhält, gelten als Migranten sowohl EU-Bürger als auch Nicht-EU-Bürger.

Integration ist ein dynamischer Prozess, der eine Interaktion zwischen den Migranten und der Aufnahmegesellschaft erfordert. Einerseits wird eine Integrationsleistung seitens des Migranten erwartet, andererseits sollte die Aufnahmegesellschaft eine Aufnahmebereitschaft entgegenbringen. Die Definition der Integration wurde in Anlehnung an das Konzept des RESI verfasst.

Die erwähnten Dienste nehmen durch den vorliegenden Dekretentwurf unmittelbar Aufgaben im Bereich der Integration wahr.

Artikel 4

Jeder Migrant hat im Respekt der durch die Verfassung garantierten Freiheiten unabhängig von seiner sozialen Lage, seiner Herkunft, seinem Geschlecht, seiner sexuellen Identität, seiner Religion oder seiner Weltanschauung insbesondere bei seiner Bildung, Ausbildung und Beschäftigung ein Recht darauf, unter den in der Verfassung, in Gesetzen und in Dekreten festgelegten Bedingungen unterstützt und begleitet zu werden.

Artikel 5

Mit der Vermittlung des Migranten durch die Gemeindeverwaltung an das Referenzzentrum beginnt der Integrationsparcours mit einem Erstgespräch im Referenzzentrum und endet zu dem Zeitpunkt, an dem der Migrant seitens des Referenzzentrums nach Durchlaufen der verschiedenen Etappen eine Bescheinigung zum Abschluss des Integrationsparcours erhalten hat.

Die Integration erfolgt durch Kenntnisse über das Funktionieren unserer Gesellschaft, durch das Erlernen der Sprache und das Ergreifen von Maßnahmen bezüglich ihrer sozialberuflichen Bedürfnisse und Kompetenzen für eine erleichterte Integration in das gesellschaftliche Leben und in die Berufswelt. Dies spiegelt sich in den einzelnen Etappen des Integrationsparcours wider.

Der Integrationsprozess dauert im Regelfall zwei Jahre. Die Erfahrungen in der Flämischen Gemeinschaft haben gezeigt, dass nach zwei Jahren 80 % der Migranten den Parcours beendet haben. Unter gewissen Bedingungen kann die Frist verlängert werden.

Jeder Migrant, der eine Vereinbarung zum Integrationsparcours unterzeichnet, ist verpflichtet, an mindestens 80% der Kursen teilzunehmen, um die Bescheinigung zum Abschluss des Integrationsparcours ausgestellt zu bekommen.

Ziel ist es, den Migranten durch den Integrationsparcours die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Aufgrund der verpflichtenden Teilnahme am Parcours sind die dort enthaltenen Angebote für die Betroffenen kostenlos. Es wird auch die Grundlage geschaffen, um bei Bedarf die Teilnahmegebühren zurückerstatten zu können. Das ist der Fall, wenn der Migrant einem Kurs folgt, der in Anwendung vorliegenden Dekretentwurfs nicht gefördert wird, sondern aufgrund anderer Regeltexte, wie dem Dekret vom 17. November 2008 zur Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung, gefördert wird.

Artikel 6

Paragraf 1 definiert das Zielpublikum des Integrationsparcours. Allen Migranten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft steht die Teilnahme am Integrationsparcours frei.

Diese Möglichkeit besteht auch für Asylbewerber ab dem 4. Monat ihrer Antragsstellung. Vorher kann man davon ausgehen, dass die Asylbewerber noch nicht für Kurse empfänglich sind. Sie müssen erstmal die auf ihrem Weg nach Belgien gemachten Erfahrungen und eventuelle Traumata sowie die Geschehnisse in ihrem Heimatland verarbeiten und sich um ihr Asylverfahren kümmern.

Auch Migranten, die keine gültigen Papiere oder keine Aufenthaltsgenehmigung haben, steht es frei, die im vorliegenden Kapitel erwähnten Angebote im Rahmen freier Kapazitäten wahrzunehmen.

Paragraf 2 Absatz 1 führt die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationsparcours für alle neuankommenden Nicht-EU-Bürger ein, die eine Aufenthaltsgenehmigung von mindestens drei Monaten haben.

Der darauffolgende Absatz legt die Liste von Personengruppen fest, die von der Verpflichtung freigestellt sind. Die Freistellung gilt, sobald eine Person einer der aufgelisteten Kategorien angehört. Dies bedeutet, dass eine Freistellung auch erst nach der Unterzeichnung der Vereinbarung zum Integrationsparcours erteilt werden könnte, wenn der Migrant erst nach der Unterzeichnung in eine der aufgelisteten Kategorien fällt. Ein Beispiel wäre die durch ein ärztliches Attest nachgewiesene Krankheit. In diesem Fall kann er nicht mehr zur Teilnahme verpflichtet werden. Außerdem kann ihm keine administrative Geldbuße auferlegt werden, wenn er beschließt dem Integrationsparcours nicht mehr zu folgen.

Nummer 1 sieht eine Freistellung vor für die Migranten, die die Staatsangehörigkeit eines EU+ Staates besitzen, das bedeutet eines EU-Mitgliedstaates, eines Staates des europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz. Einer der Hauptgründe der Freistellung findet seine Grundlage in Artikel 18 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), der jegliche Diskriminierung auf Basis der Staatsangehörigkeit verbietet.

Die Freistellung gilt auch für die unter Nummer 2 aufgeführten Familienangehörigen. Als Familienangehörige von EU Bürgern (a) und Bürgern aus dem europäischen Wirtschaftsraum (b) gelten ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit:

- Ehegatten;
- Lebenspartner, mit dem der Unionsbürger auf der Grundlage der Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats eine eingetragene Partnerschaft eingegangen ist, sofern nach den Rechtsvorschriften des Aufnahmemitgliedstaats die eingetragene Partnerschaft der Ehe gleichgestellt ist und die in den einschlägigen Rechtsvorschriften des Aufnahmemitgliedstaats vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind;

- Verwandte in gerader absteigender Linie des Unionsbürgers und des Ehegatten oder des Lebenspartners im Sinne von Buchstabe b), die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder denen von diesen Unterhalt gewährt wird;
- Verwandte in gerader aufsteigender Linie des Unionsbürgers und des Ehegatten oder des Lebenspartners im Sinne von Buchstabe b), denen von diesen Unterhalt gewährt wird.

Als Familienangehörige laut dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten einerseits und der Schweizerischen Genossenschaft andererseits gelten (c):
- der Ehegatte und die Verwandten in absteigender Linie, die noch nicht 21 Jahre alt sind oder denen Unterhalt gewährt wird;
- die Verwandten und die Verwandten des Ehegatten in aufsteigender Linie, denen Unterhalt gewährt wird;
- im Fall von Studierenden der Ehegatte und die unterhaltsberechtigten Kinder.

Andere Freistellungen beziehen sich unter anderem auf Schüler, Senioren oder Berufssportler. Des Weiteren schafft dieser Artikel durch die Freistellung der Migranten, die bereits eine Integrationsbescheinigung aus einem der anderen Landesteile haben, eine Anerkennung bzw. Gleichstellung. Diese geschieht gegenseitig, da die Freistellung auch in den Regeltexten der anderen Gebietskörperschaften vorgesehen ist (Artikel 152/7 §3 Nummer 1 des „Code wallon de l'action sociale et de la santé – partie décrétale" oder Artikel 27 §2 Nummer 4 des „Decreet van 7 juni 2013 betreffende het Vlaamse integratie- en inburgeringsbeleid").

Paragraf 3 sieht vor, dass alle Migranten, die verpflichtet sind, dem Parcours zu folgen, prioritär zu behandeln sind. Alle freiwilligen Teilnehmer werden im Rahmen von freien Kapazitäten bedient.

Artikel 7

Durch diesen Artikel wird den Gemeinden auferlegt, den Migranten bei seiner Einschreibung über den Integrationsparcours – sowie gegebenenfalls über seine Verpflichtung zur Teilnahme und die möglichen administrativen Geldbußen bei Nichteinhaltung der letzteren – zu informieren.

Des Weiteren sind die Gemeinden verpflichtet, dem Referenzzentrum die Kontaktdaten des neuankommenden Migranten weiterzuleiten, sodass dieses Kontakt mit dem Migranten aufnehmen kann, sollte dieser sich nicht aus Eigeninitiative zum Referenzzentrum begeben. Dies muss innerhalb von drei Monaten ab der Anmeldung in der Gemeinde geschehen.

Artikel 8

Nach der Sozialbilanz wird die Vereinbarung zum Integrationsparcours aufgestellt, die in diesem Artikel definiert wird. Darin werden die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Migranten festgehalten. In Artikel 5 ist demensprechend auch vorgesehen, dass der Integrationsparcours sich bestmöglich den Lebensumständen des Migranten anpasst. So wird beispielsweise eine junge Frau, die gerne studieren möchte, in einen Intensivsprachkurs orientiert. Eine junge Frau, die dagegen mehrere kleine Kinder hat und daher weniger Zeit aufbringen kann, kann zunächst in einen niederschwelligen Sprachkurs eingetragen werden.

Für alle Migranten, die die Vereinbarung unterzeichnen, ist die Teilnahme ab diesem Moment verpflichtend, selbst wenn sie sich ursprünglich aus eigener Initiative gemeldet hatten.

Die Vereinbarung hält die Verpflichtungen des Referenzzentrums sowie die des Migranten im Rahmen des Integrationsparcours fest. Aufgaben des Referenzzentrums sind unter anderem die Erstellung der Sozialbilanz, die Begleitung des Teilnehmers durch den Integrationsparcours und die Beratung zur sozialen Eingliederung (Artikel 14 des Dekretentwurfs). Die Verpflichtungen des Migranten beinhalten unter anderem die Termineinhaltungen, das Absolvieren der einzelnen Etappen, wie sie in Kapitel 2 vorgesehen sind, sowie die Anwesenheitspflicht.

Die Nichteinhaltung der Auflagen durch den Migranten kann die Anwendung der in Kapitel 8 definierten administrativen Strafen zur Folge haben.

Artikel 9

Dieser Artikel legt die Etappe der Sprachkurse fest. Um die Sprache zu erlernen, können die Migranten niederschwelligen oder Intensivkursen folgen. Das Zielpublikum für niederschwellige Kurse besteht aus Migranten, die aus zeitlichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen keinem Intensivkurs folgen können sowie aus Personen mit Lernschwierigkeiten, Analphabeten oder Menschen, die das lateinische Alphabet nicht kennen. Die Kurse halten die Anforderungen an die Migranten so niedrig wie möglich. Dafür ist der Kurs sehr praxisnah und teilnehmerorientiert gestaltet. Intensivkurse richten sich eher an Migranten, die möglichst schnell die Fremdsprache erlernen möchten und können. Sie müssen außerdem mindestens alphabetisiert sein. Die beiden Kursarten sind als komplementäres Angebot zu sehen. Welcher Kurs für den einzelnen Migranten die bessere Wahl wäre, wird beim Einstufungstest und bei der Sozialbilanz erfasst, die durch das Referenzzentrum durchgeführt werden.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist für das Gelingen der Integration von zentraler Bedeutung und wird daher gefördert. In Ausnahmefällen kann das Erlernen einer anderen Landessprache aufgrund des Profils des Migranten und des Arbeitsmarktes gefördert werden. Die Bedingungen dafür legt die Regierung fest. In der Praxis wird das Referenzzentrum im Rahmen der Sozialbilanz dies überprüfen. Daher sieht der zweite Absatz des vorliegenden Artikels vor, dass der Migrant in Ausnahmefällen auch Französisch oder Niederländisch lernen kann.

Paragraf 2 legt die Bedingungen und das Verfahren zur Anerkennung sowie die Höhe und die Bedingungen zur Bezuschussung der anerkannten Sprachkurse fest. Im Rahmen des verpflichtenden Integrationsparcours werden spezifische Sprachkurse gefördert. Zusätzlich können die Migranten aber auch zu anderen Sprachkursen orientiert werden, so lange diese die im Rahmen vorliegenden Dekrets festgelegten Vorgaben erfüllen (beispielsweise die Kurse im Rahmen der Erwachsenenbildung).

Ziel ist es, den Teilnehmern das Niveau A2 laut Gemeinsamem europäischem Referenzrahmen für Sprachen zu vermitteln. Bei Analphabeten kann man auch das Niveau A1 als Ziel betrachten. Die Grundlage dieses gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen dient dem Gesamtziel des Europarats, wie es in den Empfehlungen R (82) 18 und R (98) 6 des Ministerkomitees niedergelegt ist, nämlich eine "größere Einheit unter seinen Mitgliedstaaten zu erreichen" und dieses Ziel "durch gemeinsame Schritte auf kulturellem Gebiet" zu verfolgen. Personen, die bereits das Sprachniveau A2 einer der drei Landesprachen erreicht haben, sind vom Sprachkurs freigestellt.

Den Migranten steht es selbstverständlich frei, außerhalb des Parcours auf freiwilliger Basis weiterführenden Kursen mit höherem Niveau zu folgen.

Die Sprachkurse, die im Rahmen vorliegenden Dekrets gefördert werden, finden in den (angemieteten) Räumlichkeiten der ÖSHZ oder Gemeinden statt. Diese übernehmen die Kosten für die Nutzung der Räumlichkeiten.

Artikel 10

Dieser Artikel definiert die Etappe des Integrationskurses. Dieser ist ein unabhängiges und eigenständiges Modul, welches nicht in ein anderes Weiterbildungsmodul integriert werden kann. Die alltagsnahen Themen können nicht nur nebenbei zum Beispiel während des Sprachkurses besprochen werden, sondern müssen systematisch abgedeckt werden.

Paragraf 2 legt die Bedingungen und das Verfahren zur Anerkennung sowie die Höhe und die Bedingungen zur Bezuschussung eines einheitlichen Integrationskurses fest.

Ziel dieses Kurses ist es, den Migranten zu erklären, wie unsere Gesellschaft funktioniert und nach welchen Rechten und Pflichten wir leben. An dieser Stelle ist nicht die Rede von Werten, da diese nirgendwo definiert sind. Es gibt keine festgelegte belgische Leitkultur. Bei den Integrationskursen geht es nicht um einen Frontalunterricht, sondern vielmehr um einen praxisorientierten Unterricht.

Der Kurs wird auf Deutsch in leichter Sprache erteilt. Für die Migranten, die bereits dem Sprachkurs zum Erlernen einer anderen Landessprache gefolgt sind, besteht die Möglichkeit, auch den Integrationskurs in einer anderen Landessprache in einem anderen Landesteil zu folgen. Dafür ist die gegenseitige Anerkennung der Kurse vorgesehen. Zusätzlich können, falls erforderlich, Zusammenarbeitsabkommen mit anderen Gebietskörperschaften abgeschlossen werden, um den rechtlichen Rahmen für die Zusammenarbeit zu schaffen.

Artikel 11

Dieser Artikel definiert die letzte Etappe des Integrationsparcours. Diese besteht einerseits aus einer Beratung beim Referenzzentrum zur sozialen Eingliederung. Unter den sozio-kulturellen oder sportlichen Angeboten, zu denen der Migrant orientiert werden kann, versteht man Vereinsleben, Ehrenamt, Sportclubs, kreative Ateliers, etc.

Darüber hinaus besteht die Etappe auch aus einem Informationsgespräch zur beruflichen Eingliederung. Hierbei informiert das Referenzzentrum den Migranten über die möglichen Schritte bis zum Einstieg ins Berufsleben, wie über die Diplomgleichstellung, weiterführende Sprachkurse, die Zuständigkeiten des Arbeitsamtes oder Ähnliches. Nach diesem Beratungsgespräch wird der Migrant an die jeweiligen Einrichtungen für sozialberufliche Eingliederung weitergeleitet. Dies kann in Form eines Gesprächs geschehen oder anhand eines Berichtes über die Situation des Migranten, der an die Einrichtung weitergeleitet wird.

Ziel dieser Etappe ist es, den Migranten in Beruf oder Ausbildung zu vermitteln und ihm gesellschaftliche Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Artikel 12

Wenn der Migrant den Integrationsparcours regulär abgeschlossen hat, erhält er eine Bescheinigung zum Abschluss des Integrationsparcours. Diese Bescheinigung enthält mindestens den Namen des Migranten, die absolvierten Etappen, den Zeitraum, innerhalb dessen der Parcours absolviert wurde, und die Bestätigung, dass der Migrant mindestens bei 80% der Kursen anwesend war.

Die Bescheinigung ist für den Migrant von hoher Bedeutung, da sie für die Arbeitssuche sowie für die Beantragung der belgischen Staatsangehörigkeit gemäß Artikel 12bis des Gesetzbuches über die belgische Staatsangehörigkeit nachgewiesen werden muss.

Artikel 13

In diesem Artikel erkennt die Regierung unter gewissen Kriterien ein Referenzzentrum für Integration und Migration an. Ebenso wird erläutert, dass die Regierung das Verfahren zur Erteilung, zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung festlegen wird. Die Anerkennung wird für eine unbestimmte Dauer erteilt.

Artikel 14

Dieser Artikel definiert die allgemeinen Aufgaben des Referenzzentrums. Sie sind nach drei verschiedenen Zielgruppen klassiert:
1. die Migranten selbst;
2. alle Personen, die mit Migranten zu tun haben: Schulen, Krankenkassen, soziale Treffpunkte, ÖSHZ, Anwälte, usw.;
3. die Bevölkerung.

Die Aufgaben rund um das primäre Zielpublikum sind hauptsächlich die Begleitung im Rahmen des Integrationsparcours, aber auch die Beratung der Migranten in Rechtsfragen. Hier muss präzisiert werden, dass das Erstgespräch in Absatz 1 Nummer 1 bei neuankommenden Migranten erst stattfindet, nachdem der Migrant sich bei der Gemeinde gemeldet hat. Die Gemeinde ist nach wie vor zuständig für das Erstgespräch in der Gemeinde. In Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) versteht man unter der allgemeinen Situation des Migranten seine familiäre, berufliche, Wohn- und Bildungssituation sowie seine Fähigkeiten und Bedürfnisse. Der Mitarbeiter des Referenzzentrums soll dadurch erfahren, wo der Migrant im Leben steht und wo er hin möchte. Die Nummer 6 in diesem Aufgabenbereich kann sowohl die Teilnahme am Integrationsparcours sein als auch lediglich die Orientierung der Migranten zu Diensten, die seinen Bedürfnissen entsprechen.

Das sekundäre Publikum kann sich mit allen möglichen Fragen im Bereich Integration und Migration an das Referenzzentrum wenden. So könnte sich ein Lehrer an das Referenzzentrum wenden, wenn er nicht weiß, ob ein ausländischer Schüler an einer Auslandsreise teilnehmen darf. Nummer 2 definiert, dass bei Bedarf das Referenzzentrum Weiterbildungen, zum Beispiel zum Thema Asylverfahren für ehrenamtliche Helfer von Flüchtlingen, organisiert. Die Weiterbildungskultur soll dazu beitragen, dass das Referenzzentrum in seinem gesamten Zuständigkeitsbereich als fachliches Referenzzentrum für hauptamtliche Arbeiter und ehrenamtliche Personen aller betroffenen Organisationen wahrgenommen wird. Es kann hierbei aber auch weiterhin auf Kooperationen mit spezialisierten Anbietern zurückgreifen.

Ein Beispiel für die thematischen Arbeitsgruppen unter Absatz 2 Nummer 3 wäre die Arbeitsgruppe des interreligiösen Dialogs. In Absatz 2 Nummer 4 versteht man unter der Prozessbegleitung des interkulturellen Dialogs im Bildungswesen beispielsweise die Elternarbeit oder das Versenden eines Newsletters für Lehrer mit interkulturellen Themen.

Die Aufgaben für das tertiäre Zielpublikum in Absatz 3 sind die Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit. Erstere soll durch fundierte Informationen über die gesellschaftlichen Auswirkungen von Migration die breite Öffentlichkeit für die Chancen von Migration sensibilisieren. Durch u.a. Sensibilisierungskampagnen soll zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beigetragen werden, Vorurteile und Ängste der Aufnahmegesellschaft gegenüber Migranten sollen abgebaut werden. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit unterrichtet das Referenzzentrum die Bevölkerung, dass die aufgeführten Aufgaben mit Unterstützung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden und stellen ihre Arbeit vor.

Die Bestimmung im letzten Absatz erlaubt es der Regierung, das Referenzzentrum mit weiteren Aufgaben zu betrauen, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen.

Artikel 15

Dieser Artikel behandelt die Bezuschussung des Referenzzentrums. Im Rahmen des Dekretentwurfs gelten die allgemeinen Prinzipien, die im Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushalte, die Kontrolle der Zuschüsse und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen (insbesondere die Artikel 11 bis 14) und die im Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgehalten sind.

Der Artikel präzisiert auch, dass die Teilnahmegebühren, die Migranten für Kurse entrichten mussten und vom Referenzzentrum rückerstattet wurden, als annehmbare Funktionskosten eingereicht werden können.

Paragraf 2 des Artikels sieht vor, dass das Referenzzentrum zur Durchführung seiner Aufgaben über Fachpersonal verfügt. Die Regierung legt die erforderliche Qualifikation und andere fachliche Voraussetzungen des Fachpersonals fest.

Artikel 16

In diesem Artikel wird die Möglichkeit vorgesehen, eine Bezuschussung sowie eine weitere Aufgabenbeschreibung über einen durch die Regierung mit einem Referenzzentrum abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrag zu regeln.

Artikel 17

Dieser Artikel gibt an, dass es zwei kommunale Integrationsbeauftragte auf dem deutschen Sprachgebiet geben wird. Sie werden auf kommunaler Ebene eingestellt, denn Integration findet vor allem auf lokaler Ebene statt. Sie analysieren die Bedürfnisse von Migranten und koordinieren die Angebote vor Ort.

Die Bedingungen der Bezuschussung sowie eine detaillierte Aufgabenbeschreibung werden über einen durch die Regierung mit den Gemeinden oder ÖSHZ abgeschlossenen Vertrag geregelt.

Artikel 18

Da Integration auf lokaler Ebene stattfindet, können die Gemeinden weitere Maßnahmen zur Förderung der Integration vorsehen. Dieser Artikel listet die Ziele auf, die dabei berücksichtigt werden sollten.

Artikel 19

Diese Bestimmung schafft die Grundlage für eine zeitlich begrenzte finanzielle Förderung von innovativen Projekten im Bereich der Integration. Um als innovatives Projekt zu gelten, dürfen die Initiativen nicht bereits Teil eines dekretalen oder vertraglichen Auftrags sein. Mittels dieser Bestimmung sollen für Projektträger Anreize geschaffen werden, neue Wege zu beschreiten, die den wachsenden Bedürfnissen bei den Migranten Rechnung tragen. Die Bezuschussungsbedingungen von Pilotprojekten werden im Rahmen einer Konvention zwischen der Regierung und dem Träger festgehalten. Als Beispiel für ein innovatives Projekt könnte man ein Frauenerzählcafé in einem sozialen Treffpunkt nennen.

Artikel 20

Dieser Artikel schafft ein Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt.

Artikel 21

Dieser Artikel legt die Aufgaben des Beirats fest. Ebenso hat die Regierung die Aufgabe, zu jedem Vorentwurf eines Dekrets oder eines Erlasses im Bereich der Integration ein Gutachten einzuholen.

Artikel 22

Dieser Artikel bestimmt die Zusammensetzung des Beirats. Er besteht aus Vertretern von Organisationen, die im Bereich Integration arbeiten, sowie der Regierung und des Ministeriums.

Die Mitglieder werden auf Vorschlag der betroffenen Organisationen von der Regierung für ein Mandat von fünf Jahren bestellt.

Artikel 23

Dieser Artikel bestimmt die Funktionsweise des Beirats. Eine Geschäftsordnung wird die Einzelheiten der Arbeitsweise dieses Beirats regeln.

Artikel 24

Dieser Artikel sieht vor, dass der Beirat jährlich für die Regierung einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr verfasst.

Artikel 25

Dieser Artikel legt fest, wer Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen hat.

Artikel 26

Um die Umsetzbarkeit der Begleitung der Migranten im Rahmen des Integrationsparcours zu gewährleisten, sind die Mitarbeiter der beauftragen Dienste, die einen Migranten begleiten, zur internen und externen Zusammenarbeit verpflichtet. Diese Zusammenarbeit wird durch die Bestimmungen zum Datenschutz und zum Berufsgeheimnis rechtlich umrahmt.

Artikel 27

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Dienstleister und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegendenDekretentwurfs und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet,die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln. Dieser Artikel betrifft somit alle Mitarbeiter der Dienste und die in Anwendung von Artikel 32 bestimmten Inspektoren und externen Sachverständigen.

Artikel 28

Dieser Artikel ermöglicht dem Referenzzentrum in Ausführung seiner dekretalen Aufträge die Erhebung und die Verarbeitung personenbezogener Daten. Mit diesem Artikel wird präzisiert, dass das Referenzzentrum im Sinne des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten für die Verarbeitung verantwortlich ist. Die Datenverarbeitung erfolgt selbstverständlich unter Einhaltung des Datenschutzgesetzes.

Artikel 29

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die das Referenzzentrum in Zukunft verarbeiten wird. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen. Die genaue Aufgliederung soll durch die Regierung vorgenommen werden.

Unter den Fertigkeiten unter Punkt 6 versteht man die beruflichen, sozialen und sprachlichen Kompetenzen des Migranten.

Artikel 30

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 31

Dieser Artikel sieht vor, dass die Regierung dem Parlament alle drei Jahre einen Bericht übermittelt, der die Maßnahmen des Dekrets analysiert.

Artikel 32

Die im Dekret erwähnten Dienste unterliegen der Aufsicht der von der Regierung bestellten Inspektoren. Der Artikel gibt an, welche Befugnisse die beauftragen Inspektoren haben, um die Verstöße gegen das Dekret und seine Ausführungserlasse feststellen zu können. Diese Verstöße werden durch den Inspektor in einem Protokoll festgehalten.

Die Regierung kann ebenfalls externe Sachverständige beauftragen, die den Inspektor in seiner Arbeit unterstützen.

Die Kontrolle der Zuschüsse erfolgt gemäß dem Gesetz vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Artikel 33

Dieser Artikel regelt die Vorgehensweise beim Verstoß gegen die Verpflichtung des Migranten. Nachdem dem Migranten eine Anhörung angeboten wurde, wird der Verstoß dem Inspektor durch die Dienste übermittelt. Der Inspektor erstellt ein Protokoll.

Artikel 34

Der Artikel sieht die Auferlegung der administrativen Geldbußen für Migranten, die ihrer Verpflichtung im Rahmen des Integrationsparcours nicht nachkommen, vor. Es handelt sich um Geldbußen, die von der Regierung ausgesprochen werden können, nachdem sie das Protokoll des Inspektors erhalten hat.

Der Artikel sieht ebenfalls das Verfahren sowie die Beschwerdemöglichkeiten seitens des Migranten vor.

Artikel 35

Dieser Artikel sieht vor, dass die Regierung die Person, die mit der Eintreibung der Geldbuße beauftragt ist, bestellt und ihre Befugnisse definiert.

Artikel 36

Dieser Artikel legt die Frist der Verjährung der administrativen Geldbuße fest sowie die Fälle, in der die Frist unterbrochen werden kann.

Artikel 37

Der Artikel sieht vor, dass Migranten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens vorliegenden Dekrets bereits ihren Wohnsitz auf dem deutschen Sprachgebiet haben, von der Verpflichtung, dem Integrationsparcours zu folgen, befreit sind. Dies hindert sie nicht, sich dennoch freiwillig beim Referenzzentrum anzumelden. Die Verpflichtung gilt nur für neuankommende Migranten ab Inkrafttreten des Dekrets.

Des Weiteren sieht dieser Artikel auch vor, dass die Bescheinigungen zum Abschluss des Integrationsparcours, die vor Inkrafttreten des Dekrets ausgestellt wurden, denen im Dekret gleichgestellt werden.

Diese Übergangsbestimmung legt schließlich fest, dass die Dienste, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets schon im Rahmen eines Vertrags mit der Regierung Aufgaben, die im vorliegenden Dekret definiert werden, wahrnehmen, zwei Jahre Zeit haben, sich den festgelegten Anerkennungsbedingungen anzupassen.

Artikel 38

Dieser Dekretentwurf soll am 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Anwendungsbereich

Das vorliegende Dekret ist anwendbar auf alle Dienste und Behörden, die im deutschen Sprachgebiet im Bereich der Integration tätig sind, sowie auf alle Migranten, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben.

Art. 2 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Migrant: jede Person, die ihr Heimatland verlässt und sich in einem anderen Land dauerhaft niederlässt;
2. Integration: langfristiger und dynamischer Prozess mit dem Ziel, alle Personen gleich welcher Herkunft, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben, in die Gesellschaft einzubeziehen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen;
3. Integrationsparcours: ein den Lebensumständen und Bedürfnissen des Migranten zugeschnittenes Bildungs- und Begleitprogramm, das den Migranten als Hilfestellung bei ihren ersten Schritten in der Aufnahmegesellschaft dienen soll, das sich dem Lebensumfeld des Migranten bestmöglich anpasst und das sich unter anderem aus einem Sprachkurs und einem Integrationskurs zusammensetzt;
4. sozial-berufliche Eingliederung: individuelle und gezielte Förderung, die die Integration des Migranten im Gesellschafts- und Berufsleben begleitet;
5. Referenzzentrum: das in Kapitel 3 erwähnte Referenzzentrum für Integration und Migration;
6. Beirat: der in Kapitel 5 erwähnte Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt;
7. ÖSHZ: öffentliches Sozialhilfezentrum;
8. Dienste: die Gemeinden, die ÖSHZ, das Referenzzentrum und die Träger der Sprach- und Integrationskurse;
9. Einrichtungen, die mit der sozial-beruflichen Eingliederung beauftragt sind: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft und, in gewissen Fällen, die ÖSHZ und die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Art. 4 – Grundsatz der Integration

Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Angebots an Integrationsmaßnahmen sowie der verfügbaren Haushaltsmittel hat jeder Migrant mit Bedarf an Integration gemäß den Vorgaben des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse das Recht auf Integrationsmaßnahmen und unterliegt, unter gewissen Bedingungen, der Verpflichtung, diese zu beanspruchen.

KAPITEL 2 – INTEGRATIONSPARCOURS

Art. 5 – Inhalt und Grundsätze

§1 – Der Integrationsparcours wird vom Referenzzentrum durchgeführt und setzt sich aus den folgenden Etappen zusammen:
1. der Erstempfang;
2. der Sprachkurs;
3. der Integrationskurs;
4. die Beratungsgespräche zwecks einer den Fähigkeiten und den Bedürfnissen des Migranten angepassten sozial-beruflichen Orientierung.

§2 – Der Migrant verfügt ab Unterzeichnung der in Artikel 8 erwähnten Vereinbarung zum Integrationsparcours über zwei Jahre, um diesen zu durchlaufen. Er ist verpflichtet, bei 80 % der Kursen anwesend zu sein.

Die Regierung legt die Bedingungen fest, unter denen die Zweijahresfrist verlängert werden kann.

§3 – Die Teilnahme am Integrationsparcours ist für den Migranten kostenlos.

Folgt ein Migrant einem nicht bezuschussten Sprachkurs, der im Rahmen des Integrationsparcours anerkannt ist, übernimmt das Referenzzentrum für den Migranten die Teilnahmegebühr.

Art. 6 – Zielpublikum

§1 – Der Integrationsparcours richtet sich an alle volljährigen Migranten, die ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben, oder an Asylbewerber auf dem deutschen Sprachgebiet, sobald vier Monate seit ihrer Asylanfrage verstrichen sind.

Unter Asylbewerber versteht man Migranten, die einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling oder auf Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus in Form eines Asylantrages gemäß Artikel 49/3 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern gestellt haben.

§2 – Jeder volljährige Migrant ist zur Teilnahme am Integrationsparcours verpflichtet, insofern er eine Aufenthaltsgenehmigung von mindestens drei Monaten besitzt und seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

In Abweichung von Absatz 1 sind die Migranten von der dort erwähnten Verpflichtung befreit, wenn sie zu einer der folgenden Kategorien gehören:
1. Migranten, die die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates, eines Staates des europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz besitzen;
2. folgende Migranten, auch wenn sie nicht eine der in Nummer 1 erwähnten Staatsangehörigkeiten besitzen:
a) Familienangehörige eines Migranten, der die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besitzt und der die Bedingungen der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG, erfüllt;
b) Familienangehörige eines Migranten, der die Staatsangehörigkeit eines Staates des europäischen Wirtschaftsraums besitzt und der gemäß dem Abkommen vom 2. Mai 1992 über den europäischen Wirtschaftsraum berechtigt ist, in Belgien einzureisen und sich dort aufzuhalten;
c) Familienangehörige eines Migranten, der gemäß dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen

Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit, geschehen zu Luxemburg am 21. Juni 1999, berechtigt ist, in Belgien einzureisen und sich dort aufzuhalten;

3. Migranten, die ein Sekundar-, Hochschul- oder Universitätsdiplom einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer anderen Gemeinschaft organisierten, bezuschussten oder anerkannten Bildungseinrichtung besitzen;

4. volljährige Schüler und Studenten;

5. Senioren, die das gesetzliche Pensionsalter erreicht haben;

6. Diplomaten, einschließlich der Personen, die in den Anwendungsbereich des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über diplomatische Beziehungen fallen, sowie Personalmitglieder von internationalen Organisationen gemäß den Bestimmungen der entsprechenden Sitzabkommen;

7. Berufssportler, die gemäß dem Gesetz vom 24. Februar 1978 über den Arbeitsvertrag für entlohnte Sportler im Rahmen eines Arbeitsvertrags für entlohnte Sportler eingestellt sind;

7. Migranten, die über eine Arbeitserlaubnis B verfügen;

8. Migranten, denen es zeitweise oder dauerhaft unmöglich ist, dem Integrationsparcours aufgrund einer durch ein ärztliches Attest nachgewiesenen Krankheit oder Beeinträchtigung zu folgen;

9. Migranten, die nachweisen können, dass sie bereits einem Integrationsparcours in einer anderen belgischen Gebietskörperschaft gefolgt haben;

10. Migranten, die bereits seit mehr als drei Jahren in Belgien lebt.

§3 – Den in §1 und §2 Absatz 2 erwähnten Personengruppen steht es frei, dem Integrationsparcours zu folgen. Sie werden im Rahmen der noch verfügbaren Plätze bedient. Entscheiden sie sich, eine Vereinbarung zum Integrationsparcours zu unterzeichnen, ist der Integrationsparcours abzuschließen.

Art. 7 – Erstempfang

§1 – Die Gemeinde, in der der neuankommende Migrant eingeschrieben ist, informiert den Migranten über die Integrationspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Gemeinde übermittelt dem Migranten sowohl mündlich als auch mittels einer durch das Referenzzentrum erarbeiteten und gegen Empfangsbestätigung ausgehändigten Informationsbroschüre mindestens folgende Informationen:

1. die Verpflichtung oder die Möglichkeit am Integrationsparcours teilzunehmen;
2. die möglichen Verwaltungsstrafen bei Nichteinhaltung der Verpflichtung;
3. die Kontaktdaten des Referenzzentrums.

§2 – Die Gemeinde übermittelt dem Referenzzentrum wöchentlich eine Liste der Kontaktdaten der Migranten zwecks Kontaktaufnahme. Diese beinhaltet:

1. den Namen und den Vornamen des Migranten;
2. die Kontaktdaten des Migranten;
3. das Datum der Einschreibung in der Gemeinde;
4. eine Abschrift der in §1 Absatz 2 erwähnten Empfangsbestätigung.

§3 – Der Migrant wird innerhalb von drei Monaten nach Einschreibung in der Gemeinde beim Referenzzentrum vorstellig.

Spätestens einen Monat vor Ablauf der Frist übermittelt das Referenzzentrum dem Migranten ein Erinnerungsschreiben mit dem Hinweis zur verpflichteten Teilnahme am Integrationsparcours und der Auferlegung einer administrativen Geldbuße bei Nichteinhaltung der Verpflichtung.

Das Referenzzentrum informiert die Inspektoren gemäß Artikel 33 über den Migranten, der nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist.

Art. 8 – Vereinbarung zum Integrationsparcours

Innerhalb einer Frist von 30 Tagen nachdem der Migrant im Referenzzentrum vorstellig geworden ist, erstellt das Referenzzentrum die in Artikel 14 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) erwähnte Sozialbilanz. Diese dient als Grundlage für die Vereinbarung zum Integrationsparcours.

Die Vereinbarung zum Integrationsparcours enthält mindestens:
1. die Verpflichtung des Referenzzentrums gegenüber dem Migranten;
2. die Verpflichtung des Migranten im Rahmen des Integrationsparcours;
3. die Folgen bei Nichteinhaltung der Vereinbarung.

Art. 9 – Sprachkurse

§1 – Im Rahmen des Integrationsparcours folgen die Migranten einem niederschwelligen oder Intensivsprachkurs zum Erlernen der deutschen Sprache.

Unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen gilt die in Absatz 1 erwähnte Forderung als erfüllt, wenn der Migrant einem Kurs in einer der beiden anderen Landessprachen folgt. Das Referenzzentrum überprüft im Rahmen der in Artikel 14 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) erwähnten Sozialbilanz, ob diese Bedingungen auf den Migranten zutreffen.

§2 – Die Regierung legt die Bedingungen und das Verfahren zur Anerkennung der Sprachkurse fest. Diese beinhalten mindestens:
1. die Befähigung der Lehrpersonen;
2. die Teilnehmerzahl pro Gruppe;
3. die Anzahl Stunden des Kurses.

Die Regierung legt die Höhe und die Bedingungen zur Bezuschussung der anerkannten Sprachkurse fest.

§3 – Ziel der Sprachkurse ist, den Teilnehmern das Niveau A2 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen zu vermitteln.

Wenn bei dem in §4 erwähnten Einstufungstest festgestellt wird, dass der Migrant das lateinische Alphabet nicht beherrscht, gilt das Niveau A1 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen als Ziel.

§4 – Zur Orientierung in die entsprechenden Sprachkurse führt das Referenzzentrum einen Einstufungstest gemäß den von der Regierung festgelegten Vorgaben durch.

Wird beim Einstufungstest festgestellt, dass der Migrant schon das Niveau A2 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen einer der Landessprachen erreicht hat, wird er vom Sprachkurs freigestellt.

§5 – Die ÖSHZ oder die Gemeinden stellen die Räumlichkeiten für die im Rahmen vorliegenden Dekrets geförderten Sprachkurse zur Verfügung.

Art. 10 – Integrationskurs

§1 – Im Rahmen des Integrationsparcours folgen die Migranten einem Integrationskurs über das Funktionieren der hiesigen Gesellschaft.

§2 – Die Regierung legt die Bedingungen und das Verfahren zur Anerkennung des Integrationskurs fest. Diese beinhalten mindestens:

1. die Befähigung der Lehrpersonen;
2. die Teilnehmerzahl pro Gruppe;
3. die Anzahl Stunden der Kurse;
4. die Inhalte der Kurse.

Die Regierung legt die Höhe und die Bedingungen zur Bezuschussung der anerkannten Integrationskurse fest.

§3 – Ziel dieser Kurse ist das Erlangen von Kenntnissen über Rechte und Pflichten sowie das Funktionieren der hiesigen Gesellschaft, damit der Migrant sich selbstständig in ihr zurechtfindet.

§4 – Der Integrationskurs findet in deutscher Sprache statt.

In den von der Regierung festgelegten Fällen kann der Migrant dem Integrationskurs auch in einer der anderen Landessprachen folgen, wenn er bereits den Sprachkurs gemäß Artikel 9 §1 Absatz 2 in einer anderen Landessprache absolviert hat. Der in einer anderen Gemeinschaft gefolgte und anerkannte Kurs wird dem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erteilten Kurs gleichgestellt.

Zur Ausführung von Absatz 2 kann die Regierung mit anderen belgischen Gebietskörperschaften, die für Integration zuständig sind, Zusammenarbeitsabkommen über die Bedingungen und Modalitäten für die mögliche Delegierung der Durchführung bestimmter Aufgaben und/oder Tätigkeiten oder für die eventuelle kostenpflichtige Bereitstellung von bestehenden Ressourcen abschließen.

§5 – Die ÖSHZ oder Gemeinden stellen die Räumlichkeiten für die im Rahmen vorliegenden Dekrets geförderten Integrationskurse zur Verfügung.

Art. 11 – Sozial-berufliche Eingliederung

§1 – Im Rahmen der sozialen Eingliederung vermittelt das Referenzzentrum den Migranten zu sozio-kulturellen oder sportlichen Angeboten, die seinen Interessen und Bedürfnissen entsprechen.

Im Rahmen der beruflichen Eingliederung vermittelt das Referenzzentrum den Migranten nach einem Informationsgespräch zu den Einrichtungen, die mit sozial-beruflicher Eingliederung beauftragt sind.

§2 – Ziel der sozial-beruflichen Eingliederung ist, die Migranten bei ihrer Orientierung zu begleiten, sodass diese sich selbstständig in der Gesellschaft zurechtfinden.

Art. 12 – Bescheinigung zum Abschluss des Integrationsparcours

Nachdem der Migrant alle Etappen des Integrationsparcours absolviert hat und die in Artikel 5 §2 erwähnten Bedingungen erfüllt, stellt das Referenzzentrum ihm eine Bescheinigung zum Abschluss des Integrationsparcours aus.

Diese Bescheinigung enthält mindestens:
1. den Namen des Migranten;
2. die absolvierten Etappen;
3. den Zeitraum, innerhalb dessen der Integrationsparcours absolviert wurde;
4. die Bestätigung, dass der Migrant bei mindestens 80 % der Sprach- und Integrationskurse anwesend war.

KAPITEL 3 – REFERENZZENTRUM FÜR INTEGRATION UND MIGRATION

Art. 13 – Anerkennung eines Referenzzentrums

§1 – Die Regierung erkennt eine Einrichtung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als Referenzzentrum für Integration und Migration an, das sich mit der Integration von Migranten und der Migration befasst. Dieses entspricht mindestens folgenden Kriterien:

1. die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse einhalten;
2. die Beratung und Begleitung von Migranten sowie andere Dienstleistungen im Bereich der Integration anbieten;
3. über qualifiziertes Personal verfügen, das den von der Regierung festgelegten Mindestanforderungen entspricht;
4. die Kontrolle der Regierung in Bezug auf die Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse akzeptieren.

§2 – Die Regierung legt das Verfahren zur Erteilung, zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung fest.

Die Anerkennung wird für eine unbestimmte Dauer erteilt.

Art. 14 – Aufgaben

Die Aufgaben des Referenzzentrums in Bezug auf die Migranten sind insbesondere:

1. unbeschadet des Artikels 7 das Abhalten eines Erstgesprächs, das mindestens folgende Schritte umfasst:
   a) die Erstellung einer Sozialbilanz, die mindestens die Kontaktdaten des Migranten, Angaben zur allgemeinen Situation des Migranten sowie seine Bedürfnisse beinhaltet;
   b) das Abschließen einer dem Migranten angepassten Vereinbarung zum Integrationsparcours gemäß Artikel 8;
   c) die Orientierung zu den Diensten sowie zu den Einrichtungen, die mit der sozialberuflichen Eingliederung beauftragt sind, zur Umsetzung der Vereinbarung zum Integrationsparcours;
2. die Begleitung im Rahmen des Integrationsparcours, in Form einer bedarfsgerechten und angemessenen Unterstützung und Förderung in Zusammenarbeit mit dem Migranten;
3. die Beratungsgespräche zur sozialen Eingliederung gemäß Artikel 11;
4. die mindestens halbjährliche Überprüfung der Umsetzung der Vereinbarung zum Integrationsparcours gemäß Artikel 8;
5. die Ausstellung der in Artikel 12 erwähnten Bescheinigung zum Abschluss des Integrationsparcours;
6. die Empfehlung von Integrationsmaßnahmen bei Nichtverpflichtung zur Teilnahme am Integrationsparcours;
7. die Öffentlichkeitsarbeit zur proaktiven Förderung der freiwilligen Teilnahme der Migranten am Integrationsparcours;
8. die Beratung insbesondere zum Thema Aufenthaltsrecht, Familienzusammenführung, Asylprozedur und Erlangen der belgischen Staatsangehörigkeit;
9. die Zentralisierung und statistische Erfassung von Angaben.

Die Aufgaben des Referenzzentrums in Bezug auf die juristischen und natürlichen Personen, die im deutschen Sprachgebiet mit Migranten arbeiten, sind insbesondere:

1. das Erteilen von Auskünften über das Aufenthaltsrecht, über die Rechte und Pflichten von Migranten und über die bestehenden Dienstleistungen;
2. das Anbieten verschiedener Weiterbildungen insbesondere mit Bezug zu den Themen Aufenthaltsrecht und Integration;
3. die Netzwerkarbeit in Form von Beteiligung an thematischen Arbeitsgruppen;
4. die Prozessbegleitung des interkulturellen Dialogs im Bildungswesen durch Elternarbeit und Fortbildungsangebote.

Die Aufgaben des Referenzzentrums in Bezug auf die Bevölkerung im Allgemeinen sind insbesondere:
1. die Sensibilisierung und Information der Bevölkerung;
2. die Öffentlichkeitsarbeit.

Die Regierung kann das Referenzzentrum damit beauftragen, alle Aufträge auszuführen, die sie ihm im Rahmen seiner Zuständigkeiten anvertraut.

Art. 15 – Bezuschussung und Personalbestimmungen

§1 – Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel unter den von ihr festgelegten Bedingungen dem Referenzzentrum Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten zwecks Durchführung der in Artikel 14 erwähnten Aufgaben gewähren.

Die in Artikel 5 §3 Absatz 2 erwähnte Teilnahmegebühr des Migranten, die durch das Referenzzentrum übernommen wurde, werden als Funktionskosten im Rahmen eines Vertrags zwischen der Regierung und dem Referenzzentrum angenommen und letzterem zurückerstattet.

§2 – Das Zentrum verfügt zur Durchführung der in Artikel 14 festgelegten Aufgaben über entsprechendes Fachpersonal.

Die Regierung legt unter den in vorliegendem Dekret festgelegten Vorgaben die Qualifikationen und die anderen fachlichen Voraussetzungen des Personals fest.

Art. 16 – Geschäftsführungsvertrag

Die Bezuschussung und eine weitere Aufgabenbeschreibung kann im Rahmen von Geschäftsführungsverträgen gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen dem Referenzzentrum und der Regierung festgelegt werden.

KAPITEL 4 – FÖRDERUNG VON INTEGRATIONSMASSNAHMEN

Art. 17 – Kommunale Integrationsbeauftragte

Es gibt zwei kommunale Integrationsbeauftragte im deutschen Sprachgebiet.

Die Regierung legt die Aufgaben und die Bedingungen zur Förderung der kommunalen Integrationsbeauftragten fest.

Die Höhe des Zuschusses, die Auszahlungsmodalitäten sowie die Modalitäten zur Ausführung der Aufgaben werden im Rahmen von Verträgen zwischen den Gemeinden oder ÖSHZ und der Regierung festgelegt.

Art. 18 – Kommunale Förderung

Die Gemeinden treffen in ihrem Zuständigkeitsbereich und auf Grundlage des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse weitere Maßnahmen zur Förderung von Integration, die folgende Ziele berücksichtigen:
1. sich auf die Gestaltung des respektvollen Zusammenlebens auf lokaler Ebene beziehen;
2. sich auf die interkulturelle Weiterentwicklung von Sozialeinrichtungen beziehen;
3. der Förderung des Ehrenamtes von und für Migranten dienen;
4. sich auf die altersangemessene Beteiligung junger Migranten in der Gesellschaft be-

ziehen;
5. sich gegen Diskriminierung von Migranten richten;
6. die Sensibilisierung der Gesellschaft voranbringen.

Art. 19 – Innovative Projekte

§1 – Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel im Rahmen einer Konvention mit einem Projektträger Projekte für einen begrenzten Zeitraum von höchstens zwei Jahren fördern. Bei diesen Projekten handelt es sich um innovative Angebote zur Förderung von Integration und zur Verbesserung des Zusammenlebens in Vielfalt, die die in Artikel 18 erwähnten Ziele berücksichtigen und mindestens folgende Bedingungen erfüllen:
1. die Projekte sind lokal verankert;
2. die Projekte reagieren auf die Bedürfnisse des Zielpublikums;
3. das Zielpublikum ist an der Ausarbeitung oder Umsetzung des Projektes beteiligt;
4. das Projekt stellt einen Mehrwert zu den ggf. bereits laufenden Projekten des Antragstellers dar;
5. die Ziele des Projekts sind eindeutig definiert, messbar und realistisch.

Der Projektträger übermittelt der Regierung innerhalb eines Monats nach vereinbarter Beendigung des Projekts einen Abschlussbericht, der eine finanzielle und eine inhaltliche Bilanz zum Projekt umfasst.

§2 – Der Antrag für die Förderung eines innovativen Projektes wird bei der Regierung eingereicht und enthält folgende Angaben:
1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Antragsstellers;
2. Nachweis des Bedarfs für das Projekt sowie seines innovativen Charakters;
3. ausführliche Beschreibung des Projekts;
4. Zeitplan für die Durchführung;
5. Auswertungskriterien;
6. Kostenschätzung und Finanzierungsplan.

Die Regierung entscheidet innerhalb von drei Monaten nach Einreichen des vollständigen Antrags über die Förderung des Projekts.

KAPITEL 5 – BEIRAT FÜR INTEGRATION UND DAS ZUSAMMENLEBEN IN VIELFALT

Art. 20 – Schaffung des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt

Es wird ein Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt geschaffen.

Art 21 – Aufgaben des Beirats

Die Aufgaben des Beirats umfassen:
1. die Erstellung von Gutachten zu Integrationsmaßnahmen aus eigener Initiative oder auf Anfrage der Regierung oder des Parlaments;
2. die Beobachtung und Analyse der Situation von Migranten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Gestaltung der Integrationspolitik und Förderung der Integration und des Zusammenlebens in Vielfalt aus eigener Initiative oder auf Anfrage der Regierung oder des Parlaments;
4. die Analyse der bestehenden Angebote und des ermittelten Bedarfs im Bereich der Integration und des Zusammenlebens in Vielfalt;
5. die Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der vernetzten Zusammenarbeit aller Akteure im Bereich der Integration;

6. die Förderung von öffentlichen Debatten zu integrationsrelevanten Themen;
7. die Stärkung des Ehrenamts im Bereich der Integration;
8. die Organisation eines Forums mindestens alle drei Jahre, das sich spezifisch mit Themen im Bereich der Integration und des Zusammenlebens in Vielfalt befasst;
9. die Mitarbeit an dem in Artikel 31 vorgesehenen Dreijahresbericht;
10. die Vertretung aus eigener Initiative oder im Auftrag der Regierung oder des Parlaments in Fachverbänden auf zwischengemeinschaftlicher, föderaler, euregionaler oder internationaler Ebene, die sich mit Integrationsfragen beschäftigen.

Die Regierung holt über jeden Vorentwurf eines Dekrets oder eines Erlasses bezüglich der sozialen und beruflichen Integration von Migranten das Gutachten des Beirats ein. Der Beirat gibt das Gutachten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt der Anfrage ab. Diese Frist wird von Rechts wegen um 15 Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft. Nach Ablauf dieser Frist kann die Regierung den Entwurf ohne das Gutachten verabschieden.

Art. 22 – Zusammensetzung des Beirats

§ 1 – Dem Beirat gehören mindestens folgende stimmberechtigte Mitglieder an:
1. die kommunalen Integrationsbeauftragten;
2. ein Vertreter des Referenzzentrums;
3. ein Vertreter der Träger der im Rahmen vorliegenden Dekrets geförderten Kurse;
4. zwei Vertreter der Zivilgesellschaft, wovon mindestens einer Migrant ist;
5. ein Vertreter der ÖSHZ;
6. ein Vertreter pro Aufnahmezentrum.

Dem Beirat gehören folgende Mitglieder mit beratender Stimme an:
1. ein Vertreter des für Integration zuständigen Ministers;
2. ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Regierung kann auf Vorschlag des Beirats weitere Mitglieder bezeichnen.

§2 – Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandates einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

§3 – Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied.

Die in §1 Absatz 1 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen im Beirat vertretenen Organisationen bestellt, mit Ausnahme des in §1 Absatz 1 Nummer 4 erwähnten Migranten, das auf Vorschlag des Referenzzentrums bestellt wird.

Die Mandatszeit der Mitglieder beträgt höchstens fünf Jahre und ist erneuerbar.

Auf Antrag der betreffenden Organisation kann die Regierung das Mandat eines Mitglieds vor Ablauf der normalen Mandatszeit beenden und ein neues Mitglied bestellen, welches das Mandat seines Vorgängers fortführt.

Art. 23 – Funktionsweise des Beirats

§1 – Der Beirat tritt spätestens zwei Monate nach der Bestellung seiner Mitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt der Beirat sich eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Beirats.

§2 – Die Entscheidungen des Beirats werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Der Beirat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Ist der Beirat nicht beschlussfähig, lädt der Vorsitzende zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Beirat ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Bedingungen beschlussfähig ist.

§3 – Der Beirat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Fachleute zu den Sitzungen oder zu den in Artikel 21 Absatz 1 Nummer 8 erwähnten Foren einladen. Sie nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Darüber hinaus kann der Beirat Arbeitsgruppen einsetzen.

Art. 24 – Tätigkeitsbericht

Zum 30. April eines jeden Kalenderjahres, mit Ausnahme des Jahres seiner Schaffung, verfasst der Beirat für die Regierung einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr.

Art. 25 – Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen

Die stimmberechtigten Mitglieder des Beirats sowie die Fachleute, die in Anwendung von Artikel 23 §3 an den Sitzungen oder Foren teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

KAPITEL 6 – ZUSAMMENARBEIT, VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 26 – Zusammenarbeit

Unbeschadet der in vorliegendem Kapitel aufgeführten Bestimmungen und insbesondere des Artikels 34 sind die in Ausführung des vorliegenden Dekrets mit der Integration beauftragten Dienste zur Zusammenarbeit verpflichtet. Sie arbeiten nach Maßgabe des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse. Die Dienste unterrichten sich gegenseitig über die bereits unternommenen Integrationsmaßnahmen.

Bei der Zusammenarbeit ist die Befugnis- und Aufgabenverteilung zu beachten.

Art. 27 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Dienste, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 28 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Das Referenzzentrum ist verantwortlich für die in vorliegendem Kapitel erwähnte Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 1 §4 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Das Referenzzentrum erhebt und verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung seiner gesetzlichen oder dekretalen Aufträge, insbesondere was die in Kapitel 3 aufgeführten Aufgaben betrifft. Es darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung seiner gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Art. 29 – Datenkategorien

Das Referenzzentrum und die gemäß Artikel 32 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können alle gemäß Artikel 28 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien erheben und verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Migranten;
2. Daten zum Schulabschluss bzw. zur Ausbildung des Migranten;
3. Daten zur Familiensituation des Migranten;
4. Daten zur sozialen und finanziellen Situation des Migranten;
5. Daten zu Freizeitbeschäftigung und Interessen des Migranten;
6. Daten zu den Fähigkeiten und Fertigkeiten des Migranten;
7. besonders schützenswerte Daten des Migranten, angeführt in Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens die in Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien und die in Artikel 30 erwähnte Dauer der Datenverarbeitung.

Art. 30 – Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen nicht länger als es für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

KAPITEL 7 – BERICHT ZUR INTEGRATION

Art. 31 – Dreijahresbericht

Die Regierung übermittelt alle drei Jahre dem Parlament einen Bericht über die Anwendung und Wirksamkeit des vorliegenden Dekrets. Dies erfolgt spätestens am 31. März des darauffolgenden Jahres.

KAPITEL 8 – KONTROLL- UND STRAFBESTIMMUNGEN

Art. 32 – Inspektion und Kontrolle

§1 – Die im vorliegenden Dekret erwähnten Dienste unterliegen der Aufsicht der von der Regierung bestellten Inspektoren. Die Inspektoren sind damit beauftragt, Verstöße gegen dieses Dekret und seine Ausführungserlasse festzustellen und in einem Protokoll festzuhalten.

Die mit der Aufsicht beauftragten Inspektoren dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse eingehalten werden. Sie können:

1. alle Personen über Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung der Überwachung nützlich ist;

2. sich an Ort und Stelle alle durch das vorliegende Dekret und seine Ausführungserlasse vorgeschriebenen Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen;
3. in allen Unterlagen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig sind, Einsicht nehmen;
4. alle Räumlichkeiten der Dienste, die nicht als Wohnung dienen, jederzeit einsehen;
5. in Ausübung ihres Amtes den Beistand der lokalen oder föderalen Polizei beantragen;
6. unter Einhaltung der in Nummer 4 angeführten Bedingungen die Untersuchungen und Kontrollen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung eines Vertreters des Dienstes vornehmen. In diesem Fall erhält der Dienst anschließend eine unverzügliche Mitteilung.

Das Protokoll gilt bis zum Beweis des Gegenteils.

§2 – Die Regierung kann externe Sachverständige unter der Aufsicht der Inspektoren mit der Untersuchung und Begutachtung eines Dienstes beauftragen. In diesem Fall unterstützen die beauftragten Sachverständigen die Inspektoren bei der Ausübung ihrer in §1 erwähnten Befugnisse.

§3 – Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Art. 33 – Verstöße gegen die Verpflichtungen des Migranten

§1 – Die Dienste melden den gemäß Artikel 32 bestellten Inspektoren alle ihnen bekannten Verstöße gegen die Verpflichtungen des Migranten.

§2 – Kommt der Migrant seinen Verpflichtungen gemäß Kapitel 2 nicht nach, meldet das Referenzzentrum, nachdem es dem Migranten die Möglichkeit einer Anhörung angeboten hat, den Verstoß bei den gemäß Artikel 32 bestellten Inspektoren.

Die Inspektoren halten den Verstoß in einem Feststellungsprotokoll fest. Hierbei verfügen sie über alle in Artikel 32 §1 Absatz 2 erwähnten Befugnisse.

Art. 34 – Auferlegung der administrativen Geldbußen

§1 – Eine administrative Geldbuße von 100 Euro wird dem Migranten auferlegt, der:
1. vorzeitig und aus unzulässigen Gründen den in Kapitel 2 aufgeführten Integrationsparcours abgebrochen hat;
2. nach Ablauf der in Artikel 7 §3 Absatz 1 erwähnten Frist nicht beim Referenzzentrum vorstellig geworden ist.

Die Regierung bestimmt, welche Gründe für einen Abbruch des Integrationsparcours zulässig sind.

Wenn binnen einem Jahr nach Erstellung des in Artikel 33 erwähnten Feststellungsprotokolls ein neuer Verstoß festgestellt wird, wird die in Absatz 1 erwähnte Geldbuße verdoppelt, ohne dass die administrativen Geldbußen für einen Migranten 2.500 Euro überschreiten dürfen.

§2 – Die Regierung verfügt über eine Frist von sechs Monaten ab Erhalt des in Artikel 33 erwähnten Feststellungsprotokolls, um eine administrative Geldbuße aufzuerlegen.

§3 – Beschließt die Regierung, dass ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wird, teilt sie dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben Folgendes mit:

1. die Taten und ihre Qualifizierung;
2. dass der Zuwiderhandelnde die Möglichkeit hat, seine Verteidigungsmittel binnen einer Frist von fünfzehn Kalendertagen ab dem Tag der Notifizierung per Einschreiben darzulegen, und dass er bei dieser Gelegenheit das Recht hat, die Regierung zu bitten, sich mündlich zu verteidigen;
3. dass der Zuwiderhandelnde das Recht hat, sich von einem Beistand beistehen oder vertreten zu lassen;
4. dass der Zuwiderhandelnde das Recht auf Akteneinsicht hat;
5. eine Abschrift des in Artikel 33 erwähnten Feststellungsprotokolls.

Die Regierung bestimmt den Tag, an dem der Zuwiderhandelnde aufgefordert wird, sich mündlich zu verteidigen.

§4 – Nach Ablauf der in §3 Nummer 2 festgelegten Frist oder vor Ablauf dieser Frist, wenn der Zuwiderhandelnde wissen lässt, dass er die Taten nicht bestreitet, oder ggf. nach mündlicher oder schriftlicher Verteidigung der Sache durch den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand kann die Regierung die administrative Geldbuße auferlegen.

Die Regierung notifiziert dem Zuwiderhandelnden per Einschreiben ihren Beschluss und übermittelt dem Referenzzentrum eine Abschrift.

In der Notifizierung werden auch die in den Artikeln 9 §1, 10 und 12 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten erwähnten Informationen angegeben.

§5 – Der Beschluss zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße ist nach Ablauf einer Frist von einem Monat ab dem Tag seiner Notifizierung vollstreckbar, es sei denn, gemäß §6 wird Beschwerde eingelegt.

Die administrative Geldbuße wird zugunsten der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingezogen.

Sie wird innerhalb eines Monats nach dem Tag, an dem der Beschluss vollstreckbar geworden ist, durch Einzahlung oder Überweisung auf ein Konto der Regierung anhand eines Einzahlungs- oder Überweisungsformulars beglichen.

§6 – Der Zuwiderhandelnde kann durch einen beim Polizeigericht schriftlich eingereichten Antrag binnen einem Monat nach Notifizierung des Beschlusses Beschwerde einlegen.

Das Polizeigericht entscheidet im Rahmen einer kontradiktorischen und öffentlichen Verhandlung über die gegen die administrative Geldbuße eingelegte Beschwerde. Es entscheidet über die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit der auferlegten Geldbuße. Es kann den Beschluss der Regierung entweder bestätigen oder abändern.

Gegen die Entscheidung des Polizeigerichts kann keine Berufung eingelegt werden.

Die Bestimmungen des Gerichtsgesetzbuches sind auf die Beschwerde beim Polizeigericht anwendbar.

§7 – Der Migrant, dem eine administrative Geldbuße auferlegt wurde, ist verpflichtet, die Teilnahme am Integrationsparcours innerhalb von zwei Monaten nach der Notifizierung des Beschlusses wieder aufzunehmen. Das Referenzzentrum übermittelt der Regierung die entsprechende Bestätigung.

Liegt die entsprechende Bestätigung nicht innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist vor, erlegt die Regierung dem Migranten erneut eine administrative Geldbuße gemäß §1 auf. Unbeschadet des in §1 Absatz 3 erwähnten Höchstbetrags wird dieser Vorgang bei jeder neuen Zuwiderhandlung wiederholt.

Art. 35 – Einforderung der administrativen Geldbußen

Die Regierung bestellt die mit der Eintreibung der unstrittigen und fälligen administrativen Geldbußen sowie der eventuell entstandenen Eintreibungskosten beauftragten Personen.

Die in Absatz 1 erwähnten Personen sind dazu befugt:
1. einen Zahlungsbefehl auszustellen;
2. den Zahlungsbefehl zu visieren, für vollstreckbar zu erklären und dem Zuwiderhandelnden ggf. per Gerichtsvollzieher zuzustellen;
3. den Schuldnern, die eine besondere Notlage nachweisen können, einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen zu gewähren.

Art. 36 – Verjährung der administrativen Geldbußen

Die administrativen Geldbußen verjähren in fünf Jahren ab dem Datum, an dem sie gezahlt werden müssen.

Diese Frist kann unterbrochen werden, entweder wie in den Artikeln 2244 und folgende des Zivilgesetzbuches vorgesehen oder durch einen Verzicht auf die eingetretene Verjährung. Wird die Verjährung unterbrochen, tritt fünf Jahre nach der letzten Handlung mit Unterbrechung der vorherigen Verjährung eine neue Verjährung ein, die auf dieselbe Weise unterbrochen werden kann, wenn kein Prozess anhängig ist.

KAPITEL 9 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 37 – Übergangsbestimmungen

§1 – Die in Artikel 6 §2 Absatz 1 erwähnte Verpflichtung gilt nicht für Migranten, die vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets bereits ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben.

Die in Absatz 1 erwähnten Migranten können sich zwecks freiwilliger Teilnahme am Integrationsparcours unmittelbar an das Referenzzentrum wenden.

§2 – Die Bescheinigungen zum Abschluss des Integrationsparcours, die bereits vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets ausgestellt wurden, werden den Bescheinigungen gemäß Artikel 12 gleichgestellt.

§3 – Die Dienste, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets im Rahmen eines Vertrags mit der Regierung die Aufgaben eines Referenzzentrums wahrnahmen, verfügen über höchstens zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets, um sich den in Artikel 13 festgelegten Anerkennungsbedingungen anzupassen.

Art. 38 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN DECREET BETREFFENDE INTEGRATIE EN SAMENLEVEN IN DIVERSITEIT

INHOUD

Met dit ontwerp van decreet wordt het juridische kader voor de integratie van migranten in de Duitstalige Gemeenschap vastgelegd.

Enerzijds wil men integratie bereiken via een gevarieerd aanbod. Dit decreet schept een rechtsgrondslag voor dat gevarieerd aanbod, waaronder de structurele ondersteuning van een referentiecentrum of de organisatie van een integratietraject. Anderzijds wordt bepaald welke verplichtingen de migranten in het kader van hun integratiemaatregelen moeten nakomen.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	6
Voorontwerp	16

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Artikel 5, § 1, II, 3°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen bepaalt dat de gemeenschappen bevoegd zijn voor de 'integratie van inwijkelingen'.

Sindsdien staat de Duitstalige Gemeenschap voor de uitdagingen van de integratie en het samenleven in diversiteit. De stijging van het aantal migranten in 2015 heeft de behoefte aan een werkzaam integratiebeleid nog versterkt. Of en in hoeverre integratie ook in die context van wereldwijde migratie kans op slagen heeft, hangt in grote mate van de integratiemaatregelen af. Daardoor werd het noodzakelijk en vooral ook zinvol een rechtsbasis voor de integratiemaatregelen te scheppen.

Naast definities, doelstellingen en doelgroepen bevat dit ontwerp van decreet bijgevolg ook concrete integratiemaatregelen. Daarbij werd de klemtoon gelegd op de integratie van migranten, d.w.z. alle personen die niet de Belgische nationaliteit hebben en zich duurzaam in de Duitstalige Gemeenschap hebben gevestigd. Als het aanbod toereikend is, staan de integratiemaatregelen ook open voor migranten die geen geldig verblijfsrecht hebben.

Voorts geldt dit ontwerp van decreet onverminderd alle reeds bestaande regelingen die op één of andere manier integratiemaatregelen bevatten, zoals het decreet van 17 december 2001 betreffende de scolarisatie van nieuwkomers.

Iedereen die actief betrokken is bij het integratieproces is verantwoordelijk voor het welslagen van dat proces, zowel de migranten als de maatschappij van het gastland. Het decreet stoelt dan ook op het wederkerigheidsprincipe, waarbij migranten inspanningen moeten leveren, maar ook vooruitgeholpen worden.

Van de migranten worden INSPANNINGEN geëist om hun integratie te bevorderen door bijvoorbeeld moeite te doen om de taal te leren of in hun levensonderhoud te voorzien of daartoe de nodige kennis te verwerven en de gewoonten van het gastland te leren kennen en te respecteren.

Integratie is echter alleen mogelijk als ook de maatschappij van het gastland haar steentje bijdraagt. Het is de taak van alle maatschappelijke en politieke actoren van de Duitstalige Gemeenschap de nieuwkomers bij het integratieproces te begeleiden en het juiste kader en het juiste aanbod daarvoor te scheppen. Om ervoor te zorgen dat iedereen zelfbeschikkend en actief aan het dagelijkse maatschappelijke leven kan deelnemen, krijgen de migranten mogelijkheden die hen VOORUITHELPEN.

Integratietraject

Een van de integratiemaatregelen is de invoering van een integratietraject. In het kader daarvan leren migranten onze taal en onze rechten en plichten kennen. Bovendien worden ze bij hun socio-professionele integratie ondersteund. Bij die eerste stappen in het nieuwe thuisland worden ze permanent door het referentiecentrum voor integratie en migratie begeleid. Zodra dit decreet aangenomen is, wordt de deelname voor bepaalde migranten ook verplicht. De verplichte doelgroep komt prioritair in aanmerking voor het integratietraject. De migranten die vrijwillig willen deelnemen, kunnen deelnemen voor zover er nog plaatsen en capaciteiten vrij zijn.

Referentiecentrum voor integratie en migratie

Dit decreet schept ook een decretale grondslag voor het referentiecentrum voor integratie en migratie. Het referentiecentrum heeft tot taak alle migranten vooruit te helpen op hun weg naar een zelfbeschikkend leven in Oost-België en advies te verlenen aan alle personen die met migranten werken en in dat verband vragen hebben.

Ondersteuning van integratiemaatregelen

Dit ontwerp van decreet schept een rechtsgrondslag voor de ondersteuning van nog andere integratiemaatregelen. Concrete voorbeelden zijn de beide gemeentelijke integratieambtenaren of de subsidiëring van innovatieve projecten.

Adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit

Om het maatschappelijk middenveld actief bij de vormgeving van de integratiemaatregelen te betrekken, wordt een Adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit opgericht. Die adviescommissie heeft tot doel advies te verlenen aan diensten die actief zijn op het vlak van integratie door, bijvoorbeeld, de situatie van de migranten in de Duitstalige Gemeenschap te analyseren.

Doelstelling van het decreet

Dit ontwerp van decreet heeft tot doel de sociale, maatschappelijke, culturele en politieke participatie van personen met een migratieachtergrond te bevorderen. Voorts heeft het tot doel ervoor te zorgen dat mensen meer begrip opbrengen voor integratie en culturele diversiteit. Doorslaggevend daarbij is dat migratie beschouwd wordt als een kans voor de maatschappij om zich verder te ontwikkelen.

Bij de uitwerking van dit ontwerp van decreet werden relevante actoren betrokken. Enerzijds is dit ontwerp gebaseerd op de aanbevelingen van de werkgroep Integratie van de Raad voor Ontwikkelingssamenwerking, Solidariteit en Integratie (RESI). In 2014 heeft die werkgroep een integratieconcept voorgesteld waarin de werkgroep onder meer aanbeveelt om een referentiecentrum op te richten en de migranten te ondersteunen door bijvoorbeeld extra taalcursussen aan te bieden.

Anderzijds werd in 2015 de werkgroep Integratietraject opgericht om een concreet concept uit te werken voor een integratietraject in Oost-België. In die werkgroep waren niet alleen de Regering en het Ministerie vertegenwoordigd, maar ook de lokale overheden, de Sociaal-Economische Raad, Info-Integration en migranten zelf. In 2016 heeft de werkgroep een eindverslag met verschillende aanbevelingen aan de Regering bezorgd.

Dit ontwerp van decreet is gebaseerd op de aanbevelingen uit dat eindverslag, alsook op de ervaringen die in 2016 en 2017 werden opgedaan bij het creëren van nieuwe integratiemaatregelen. Daarbij gaat het specifiek om de structurele ondersteuning van een referentiecentrum, de reeds ondersteunde intensieve en laagdrempelige taalcursussen, alsook het uitwerken en het geven van een integratiecursus. Om die eerste ervaringen in praktijk te brengen, heeft de Regering een integratieconcept aangenomen waarover de Sociaal-Economische Raad advies heeft gegeven. Bij het opstellen van dit ontwerp van decreet is rekening gehouden met dat advies.

Voorts werd een proefproject gelanceerd in de vorm van een beginselverklaring met enkele openbare centra voor maatschappelijk welzijn (OCMW's) en het nieuwe referentiecentrum. Doel van het proefproject was om de samenwerking in het kader van het integratietraject uit te proberen.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

In het toepassingsgebied wordt bepaald dat dit ontwerp van decreet van toepassing is op alle diensten en overheidsinstanties die in het Duitse taalgebied werkzaam zijn op gebied van integratie, alsook op alle migranten die hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben.

Artikel 2

De verwijzingen naar personen in het ontwerp van decreet gelden voor alle geslachten in gelijke mate.

Artikel 3

In dit artikel worden begrippen gedefinieerd die in het ontwerp van decreet op verscheidene plaatsen voorkomen; dit zorgt ervoor dat die begrippen telkens op dezelfde manier begrepen worden.

Aangezien het begrip 'migrant' slaat op elke persoon die een staatsgrens overschrijdt en duurzaam in het andere land verblijft, verwijst het zowel naar EU-burgers als naar niet-EU-burgers.

Integratie is een dynamisch proces dat interactie tussen de migrant en de maatschappij van het gastland vereist. Enerzijds wordt van de migrant verwacht dat hij inspanningen doet om zich te integreren; anderzijds wordt van de maatschappij van het gastland verwacht dat ze bereid is om migranten te integreren. De definitie van het woord 'integratie' leunt aan bij het concept van RESI.

Door dit ontwerp van decreet oefenen de vermelde diensten rechtstreeks taken uit op het stuk van integratie.

Artikel 4

Met inachtneming van de grondwettelijke vrijheden heeft de migrant, los van zijn sociale situatie, herkomst, geslacht, seksuele identiteit, godsdienst of overtuiging, recht op ondersteuning en begeleiding, in het bijzonder inzake onderwijs, opleiding en werk, en dit onder de voorwaarden bepaald in de Grondwet, in wetten en in decreten.

Artikel 5

De gemeente verwijst de migrant door naar het referentiecentrum. Het integratietraject begint met een intakegesprek in het referentiecentrum en eindigt wanneer de migrant, na het doorlopen van de verschillende etappen, van het referentiecentrum een attest gekregen heeft dat hij het integratietraject voltooid heeft.

De integratie geschiedt door kennis over het functioneren van onze maatschappij, door taalkennis en door maatregelen te nemen die aangepast zijn aan de socio-professionele noden en competenties en die tot doel hebben de integratie in het maatschappelijk leven en op de arbeidsmarkt te vergemakkelijken. Dat vindt zijn neerslag in de afzonderlijke etappen van het integratietraject.

Het integratietraject duurt in de regel twee jaar. Uit ervaringen in de Vlaamse Gemeenschap blijkt dat 80% van de migranten het traject na twee jaar beëindigd hebben. Onder bepaalde voorwaarden kan de termijn verlengd worden.

Elke migrant die een overeenkomst over het integratietraject tekent, is ertoe verplicht minstens 80% van de lessen bij te wonen om het attest te krijgen dat hij het integratietraject heeft voltooid.

Doel is de migrant via het integratietraject de mogelijkheid te bieden gelijkgerechtigd en zelfbeschikkend in onze maatschappij te participeren. Aangezien de deelneming aan het traject verplicht is, zijn de diensten die in het kader van dat traject worden verleend, gratis voor de betrokkenen. Ook wordt de grondslag geschapen om het inschrijvingsgeld indien nodig te kunnen terugbetalen. Dat is het geval wanneer de migrant een cursus volgt die niet ondersteund wordt met toepassing van dit ontwerp van decreet, maar wel op grond van een andere regeltekst, zoals het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs.

Artikel 6

In paragraaf 1 wordt de doelgroep van het integratietraject gedefinieerd. Alle migranten in de Duitstalige Gemeenschap kunnen het integratietraject op vrijwillige basis volgen.

Die mogelijkheid bestaat ook voor asielzoekers vanaf de vierde maand na de indiening van hun aanvraag. In de eerste drie maanden na indiening van hun asielaanvraag kan men ervan uitgaan dat de asielzoekers nog niet voor cursussen ontvankelijk zijn. Ze moeten eerst hun ervaringen, eventuele trauma's en gebeurtenissen in hun thuisland en op hun weg naar België verwerken en zich om de asielprocedure bekommeren.

Ook migranten die geen geldige papieren of geen verblijfsvergunning hebben, kunnen een beroep doen op het aanbod vermeld in dit hoofdstuk, maar dan wel binnen de perken van de beschikbare capaciteiten.

Paragraaf 2, eerste lid, voert de verplichte deelneming aan het integratietraject in voor alle nieuwkomers die geen EU-burgers zijn en die een verblijfsvergunning van minstens drie maanden hebben.

In het tweede lid wordt vastgelegd welke groepen van personen van die verplichting vrijgesteld zijn. De vrijstelling geldt zodra een persoon onder één van de opgesomde categorieën valt. Dat betekent dat een vrijstelling ook na de ondertekening van de overeenkomst over het integratietraject kan worden toegekend, als de migrant pas na de ondertekening onder één van de opgesomde categorieën valt. Voorbeeld: een ziekte die met een medisch attest wordt aangetoond. In dat geval kan hij niet meer verplicht worden om het integratietraject te volgen. Hij kan ook geen administratieve geldboete krijgen, als hij besluit om het integratietraject stop te zetten.

De bepaling onder 1° bevat een vrijstelling voor migranten die de nationaliteit hebben van een Staat van de EU+, dit is een EU-lidstaat, een Staat van de Europese Economische Ruimte en Zwitserland. Een van de hoofdredenen voor de vrijstelling vindt zijn grondslag in artikel 18 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (VWEU) dat elke vorm van discriminatie op grond van nationaliteit verbiedt.

De vrijstelling geldt ook voor de familieleden vermeld in de bepaling onder 2°. Als familieleden van EU-burgers (a) en burgers uit de Europese Economische Ruimte (b) gelden, ongeacht hun nationaliteit:

- echtgenoten;
- de levenspartner met wie de EU-burger op grond van de rechtsvoorschriften van een lidstaat een geregistreerd partnerschap heeft aangegaan, voor zover het geregistreerd partnerschap volgens de rechtsvoorschriften van de gastlidstaat gelijkgesteld is met het huwelijk en voor zover het geregistreerd partnerschap voldoet aan de voorwaarden gesteld in de toepasselijke rechtsvoorschriften van de gastlidstaat;

- de verwanten in rechtstreeks afdalende lijn van de Unieburger en van zijn echtgenoot of levenspartner in de zin van de bepaling onder b), als ze de volle leeftijd van 21 jaar nog niet hebben bereikt of ten laste van de betrokken personen zijn;
- de verwanten in rechtstreeks opgaande lijn van de Unieburger en van zijn echtgenoot of levenspartner in de zin van de bepaling onder b), als ze ten laste van de betrokken personen zijn.

Als familieleden luidens de Overeenkomst tussen de Europese Gemeenschap en haar lidstaten, enerzijds, en de Zwitserse Bondsstaat, anderzijds, gelden (c):
- de echtgenoot en de verwanten in afdalende lijn die nog geen 21 jaar zijn of die ten laste van de betrokken personen zijn;
- de verwanten en de verwanten van de echtgenoot in opgaande lijn die ten laste van de betrokken personen zijn;
- in het geval van studenten: de echtgenoot en de kinderen ten laste.

Andere vrijstellingen hebben onder meer betrekking op leerlingen, bejaarden of beroepssporters. Voorts voorziet dit artikel in een erkenning resp. gelijkstelling door de vrijstelling van de migranten die al een inburgeringsattest uit één van de andere landsgedeelten hebben. Dit is een wederzijdse maatregel, aangezien de vrijstelling ook opgenomen is in de regelteksten van de andere territoriale entiteiten (artikel 152/7, § 3, 1°, van het Waals Wetboek van Sociale Actie en gezondheid - decretaal gedeelte of artikel 27, § 2, 4°, van het decreet van 7 juni 2013 betreffende het Vlaamse integratie- en inburgeringsbeleid).

Paragraaf 3 bepaalt dat alle migranten die verplicht zijn het traject te volgen, voorrang hebben. De vrijwillige deelnemers kunnen deelnemen binnen de perken van de beschikbare capaciteiten.

Artikel 7

Bij dit artikel worden de gemeenten ertoe verplicht de migrant bij zijn aanmelding te informeren over het integratietraject, alsook in voorkomend geval over de verplichting om deel te nemen en de mogelijke administratieve geldboeten als hij die verplichting niet nakomt.

Voorts zijn de gemeenten ertoe verplicht de contactgegevens van de nieuwkomer-migrant door te geven aan het referentiecentrum, zodat dit centrum contact kan opnemen met de migrant, indien deze zich niet spontaan bij het referentiecentrum aanbiedt. Dit moet binnen drie maanden geschieden, te rekenen vanaf de aanmelding bij de gemeente.

Artikel 8

Na de sociale balans wordt de in dit artikel gedefinieerde overeenkomst over het integratietraject opgemaakt. Daarin worden de behoeften en bekwaamheden van de migrant opgenomen. In artikel 5 wordt dan ook bepaald dat het integratietraject zo goed mogelijk aan de levensomstandigheden van de migrant wordt aanpast. Zo wordt een jonge vrouw die graag wil studeren in de richting van een intensieve taalcursus georiënteerd. Een jonge vrouw die daarentegen verscheidene kleine kinderen heeft en bijgevolg weinig tijd kan uittrekken om te leren, kan eerst voor een laagdrempelige taalcursus worden aangemeld.

De deelneming is verplicht zodra de overeenkomst ondertekend is; dit geldt voor alle migranten, zelfs als ze zich aanvankelijk spontaan gemeld hadden.

De overeenkomst bevat de verplichtingen van het referentiecentrum en van de migrant in het kader van het integratietraject. Het referentiecentrum heeft onder meer tot taak de sociale balans op te stellen, de deelnemers door het integratietraject te begelei-

den en advies te geven over maatschappelijke integratie (artikel 14 van het ontwerp van decreet). De migrant heeft onder meer de volgende plichten: zich aan afspraken houden, de afzonderlijke etappen bepaald in hoofdstuk 2 doorlopen en de aanwezigheidsplicht.

Als de migrant zijn verplichtingen niet nakomt, kan dat leiden tot de administratieve geldboeten bepaald in artikel 8.

Artikel 9

Dit artikel bepaalt de etappe van de taalcursussen. Om de taal te leren, kunnen de migranten laagdrempelige of intensieve cursussen volgen. Laagdrempelige cursussen zijn bedoeld voor migranten die uit tijdsgebrek of om familiale of gezondheidsredenen geen intensieve cursus kunnen volgen, alsook voor personen met leerproblemen, analfabeten of mensen die het Latijnse alfabet niet kennen. Bij die cursussen worden de eisen zo laag mogelijk gehouden, maar ze zijn wel sterk praktijkgericht en cursistgericht. Intensieve cursussen zijn vooral bedoeld voor migranten die de vreemde taal zo snel mogelijk willen en kunnen leren. Bovendien moeten ze gealfabetiseerd zijn. De beide cursustypes moeten als een complementair aanbod worden beschouwd. Welke cursus het best past, wordt via de niveautest en de sociale balans bepaald; zowel de niveautest als de sociale balans worden door het referentiecentrum uitgevoerd.

Duits leren is bijzonder belangrijk om de integratie te laten lukken. Daarom wordt het leren van de Duitse taal ondersteund. In uitzonderingsgevallen kan het leren van een andere landstaal ondersteund worden, op grond van het profiel van de migrant en de arbeidsmarkt. De Regering bepaalt de voorwaarden daarvoor. In de praktijk zal het referentiecentrum dat in het kader van de sociale balans onderzoeken. Daarom staat in het tweede lid van dit artikel dat de migrant in uitzonderingsgevallen ook Frans of Nederlands kan leren.

Paragraaf 2 bepaalt de erkenningsvoorwaarden, de erkenningsprocedure, alsook het bedrag en de voorwaarden voor de subsidiëring van de erkende taalcursussen. In het kader van het verplichte integratietraject worden specifieke taalcursussen ondersteund. Daarnaast kunnen de migranten ook in de richting van andere taalcursussen georiënteerd worden, op voorwaarde dat die cursussen voldoen aan de vereisten die in het kader van dit decreet worden gesteld (bijvoorbeeld de cursussen die georganiseerd worden in het kader van de volwassenvorming).

Het doel is de cursisten het niveau A2 van het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen bij te brengen. Bij analfabeten kan het doel ook het niveau A1 zijn. Het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen staat in dienst van de algemene doelstelling van de Raad van Europa zoals geformuleerd in Aanbeveling R(82)18 en R(98)6 van het Comité van Ministers: 'het bevorderen van een grotere eenheid tussen zijn leden' door gemeenschappelijke activiteiten te ontplooien op cultureel gebied. Wie het taalniveau A2 al in één van de drie landstalen bereikt heeft, wordt vrijgesteld van de taalcursus.

Het staat de migrant uiteraard vrij om zelfstandig, buiten het traject, op vrijwillige basis voortgezette cursussen op een hoger niveau te volgen.

De taalcursussen die in het kader van dit decreet ondersteund worden, vinden plaats in de (gehuurde) lokalen van de OCMW's of de gemeenten. De OCMW's en de gemeenten dragen de kosten voor het gebruik van de lokalen.

Artikel 10

In dit artikel worden de etappen van de integratiecursus gedefinieerd. De integratiecursus is een op zich staande module die niet in een andere opleidingsmodule kan wor-

den opgenomen. De onderwerpen uit het dagelijkse leven kunnen niet terloops behandeld worden, bijvoorbeeld tijdens de taalcursus, maar moeten systematisch doorgenomen worden.

Paragraaf 2 bepaalt de erkenningsvoorwaarden, de erkenningsprocedure, alsook het bedrag en de voorwaarden voor de subsidiëring van een eenvormige integratiecursus.

Het doel van die cursus is de migranten uit te leggen hoe onze maatschappij functioneert en welke rechten en plichten wij hebben. Hierbij wordt het woord 'waarden' niet gebruikt, omdat die nergens gedefinieerd worden. Er bestaat geen welomlijnde, Belgische dominerende cultuur. De integratiecursus is geen frontaal onderwijs, maar veeleer praktijkgericht onderwijs.

De cursus wordt in het Duits en in eenvoudige taal gegeven. Migranten die de taalcursus al voor een andere landstaal gevolgd hebben, kunnen ook de integratiecursus in een andere landstaal in een ander landsgedeelte volgen. Daarvoor wordt in de wederzijdse erkenning van de cursussen voorzien. In aanvulling daarop kunnen, indien nodig, samenwerkingsakkoorden worden gesloten met andere territoriale entiteiten om het juridische kader voor de samenwerking te scheppen.

Artikel 11

In dit artikel wordt de laatste etappe van het integratietraject gedefinieerd. Enerzijds bestaat die etappe uit advies bij het referentiecentrum voor de maatschappelijke integratie. Onder het aanbod aan socio-culturele activiteiten of sportactiviteiten waarnaar de migrant georiënteerd kan worden, worden het verenigingsleven, vrijwilligerswerk, sportclubs, creatieve ateliers enz. verstaan.

Anderzijds omvat de etappe ook een informatiegesprek voor de inschakeling in de arbeidsmarkt. Hierbij informeert het referentiecentrum de migrant over de mogelijke stappen om toegang te krijgen tot de arbeidsmarkt, zoals de gelijkstelling van diploma's, voortgezette taalcursussen, de bevoegdheden van de Dienst voor arbeidsbemiddeling of andere soortgelijke onderwerpen. Na dat adviesgesprek wordt de migrant doorverwezen naar de betrokken instellingen voor socio-professionele inschakeling. Die doorverwijzing kan verlopen via een gesprek of via een verslag over de situatie van de doorverwezen migrant.

Die etappe heeft tot doel de migrant aan werk of aan een opleiding te helpen en hem maatschappelijke ontplooiings- en ontwikkelingskansen te bieden.

Artikel 12

Als de migrant het integratietraject officieel heeft voltooid, krijgt hij een attest dat hij het integratietraject heeft voltooid. Dat attest bevat minstens de naam van de migrant, de voltooide etappen, de periode waarbinnen het traject voltooid werd en de bevestiging dat de migrant minstens 80% van de cursussen heeft bijgewoond.

Het attest is erg belangrijk voor de migrant, aangezien hij daarmee zijn maatschappelijke integratie kan bewijzen bij het zoeken naar werk en bij het aanvragen van de Belgische nationaliteit overeenkomstig artikel 12bis van het Wetboek van de Belgische nationaliteit.

Artikel 13

In dit artikel erkent de Regering onder bepaalde criteria een referentiecentrum voor integratie en migratie. Er wordt ook gepreciseerd dat de Regering de procedure voor de

toekenning, opschorting en intrekking van de erkenning zal vastleggen. De erkenning wordt voor onbepaalde duur toegekend.

Artikel 14

In dit artikel worden de algemene taken van het referentiecentrum gedefinieerd. De taken zijn gerangschikt op basis van drie verschillende doelgroepen:
1° de migranten zelf;
2° alle personen die met migranten te maken hebben: scholen, ziekenfondsen, sociale trefpunten, OCMW's, advocaten enzovoort;
3° de bevolking.

Wat de primaire doelgroep betreft, heeft het referentiecentrum vooral tot taak de migranten te begeleiden in het kader van het integratietraject en hen advies te geven over juridische vragen. Hierbij moet worden gepreciseerd dat het intakegesprek vermeld in het eerste lid, 1°, bij nieuwkomers-migranten pas plaatsvindt, nadat de migrant zich bij de gemeente aangemeld heeft. De gemeente is en blijft bevoegd voor het intakegesprek in de gemeente. In het eerste lid, 1°, a), wordt onder de algemene situatie van de migrant verstaan: zijn familiale situatie, zijn beroepssituatie, zijn woon- en onderwijssituatie en zijn bekwaamheden en behoeften. Bedoeling is dat de medewerker van het referentiecentrum op die manier te weten komt waar de migrant staat en waar hij naartoe wil in het leven. De taak vermeld in 6° kan zowel slaan op de deelneming aan het integratietraject, alsook op de oriëntatie van de migrant naar diensten die aan zijn behoeften voldoen.

De secundaire doelgroep kan bij het referentiecentrum terecht voor alle mogelijke vragen omtrent integratie en migratie. Bijvoorbeeld: een leerkracht kan zich tot het referentiecentrum richten, als hij niet weet of een buitenlandse leerling mee mag op een schoolreis of schooluitstap naar het buitenland. In 2° staat dat het referentiecentrum, als daar behoefte aan is, voortgezette opleidingen organiseert. Bijvoorbeeld: een opleiding over de asielprocedure voor vrijwilligers die zich inzetten voor mensen op de vlucht. Bedoeling is dat de opleidingscultuur ertoe bijdraagt dat het referentiecentrum binnen zijn hele bevoegdheidsdomein als vakkundig referentiecentrum wordt beschouwd voor de professionals en de vrijwilligers van alle betrokken organisaties. Het referentiecentrum kan daarbij echter ook blijven samenwerken met gespecialiseerde aanbieders.

Een voorbeeld voor de thematische werkgroepen vermeld in het tweede lid, 3°, is de werkgroep voor de interreligieuze dialoog. Onder de 'procesbegeleiding voor de interculturele dialoog in het onderwijs' vermeld in het tweede lid, 4°, wordt bijvoorbeeld het volgende verstaan: met de ouders werken of een nieuwsbrief voor leerkrachten verzenden waarin interculturele onderwerpen besproken worden.

De taken vermeld in het derde lid richten zich tot de tertiaire doelgroep en bestaan uit het bevorderen van de bewustwording en de public relations. De bewustwording wil men bevorderen door het brede publiek ervan bewust te maken dat migratie ook kansen voor de maatschappij biedt. Dit doel wil men bereiken door gefundeerde informatie over de maatschappelijke impact van migratie te geven. Onder meer via bewustwordingscampagnes wil men bijdragen tot meer wederzijds begrip en wil men vooroordelen en angsten in de maatschappij van het gastland ten aanzien van migranten afbouwen. In het kader van de public relations informeert het referentiecentrum de bevolking dat de opgesomde taken met ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap worden uitgevoerd en maakt het referentiecentrum zijn werk bekend.

De bepalingen in het laatste lid bieden de Regering de mogelijkheid het referentiecentrum te belasten met nog andere taken die binnen zijn bevoegdheid vallen.

Artikel 15

In dit artikel wordt de subsidiëring van het referentiecentrum behandeld. In het kader van het ontwerp van decreet gelden de algemene beginselen van de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof (in het bijzonder de artikelen 11 tot 14) en van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

In dit artikel wordt ook gepreciseerd dat de inschrijvingsgelden die migranten voor cursussen moesten betalen en die door het referentiecentrum werden terugbetaald, als aanneembare werkingskosten kunnen worden ingediend.

Paragraaf 2 van het artikel bepaalt dat het referentiecentrum over geschoold personeel beschikt voor de uitvoering van zijn taken. De Regering bepaalt welke kwalificatie het geschoold personeel moet hebben en aan welke andere bekwaamheidsvereisten ze moeten voldoen.

Artikel 16

Dit artikel biedt de mogelijkheid om een subsidiëring en een verdere taakomschrijving te regelen via een beheerscontract tussen de Regering en het referentiecentrum.

Artikel 17

Dit artikel bepaalt dat er twee gemeentelijke integratieambtenaren in het Duitse taalgebied zullen zijn. Ze worden aangesteld op gemeentelijk niveau, aangezien integratie vooral op lokaal niveau plaatsvindt. Ze analyseren de behoeften van migranten en coördineren het aanbod ter plaatse.

De subsidiëringsvoorwaarden en een gedetailleerde taakomschrijving worden geregeld via een overeenkomst tussen de Regering en de gemeenten of OCMW's.

Artikel 18

Aangezien integratie op lokaal niveau plaatsvindt, kunnen de gemeenten nog andere maatregelen nemen om integratie te bevorderen. In dit artikel wordt opgesomd met welke doelstellingen daarbij rekening zou moeten worden gehouden.

Artikel 19

Dit artikel biedt de rechtsgrond voor een in de tijd beperkte financiële ondersteuning van innovatieve integratieprojecten. Om als innovatief project te worden beschouwd, mogen de initiatieven nog geen deel uitmaken van een opdracht die al bij decreet of bij een overeenkomst is vastgelegd. Via deze bepaling wil men projectaanbieders ertoe aanmoedigen nieuwe wegen op te gaan die rekening houden met de groeiende behoeften bij de migranten. De voorwaarden voor de subsidiëring van proefprojecten worden vastgelegd in een overeenkomst tussen de Regering en de aanbieder. Een innovatief project is bijvoorbeeld een praatcafé voor vrouwen in een sociaal trefpunt.

Artikel 20

Bij dit artikel wordt een adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit opgericht.

Artikel 21

Dit artikel bepaalt de taken van de adviescommissie. Voorts heeft de Regering tot taak advies in te winnen over elk voorontwerp van decreet of besluit inzake integratie.

Artikel 22

Dit artikel bepaalt de samenstelling van de adviescommissie. De adviescommissie bestaat uit vertegenwoordigers van de Regering, van het Ministerie en van organisaties die werkzaam zijn op het gebied van integratie.

De Regering wijst de leden aan voor een mandaat van vijf jaar; ze wijst die leden aan op de voordracht van de organisaties in kwestie.

Artikel 23

Dit artikel bepaalt de werkwijze van de adviescommissie. De details van de werkwijze van die adviescommissie zullen in een huishoudelijk reglement worden geregeld.

Artikel 24

In dit artikel staat dat de adviescommissie jaarlijks een activiteitenverslag over het afgelopen jaar opstelt voor de Regering.

Artikel 25

Dit artikel bepaalt wie recht heeft op presentiegelden en reiskostenvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

Artikel 26

Om de migranten in het kader van het integratietraject te kunnen begeleiden, zijn de medewerkers van de integratiediensten die een migrant begeleiden, ertoe verplicht intern en extern samen te werken. Die samenwerking wordt wettelijk afgebakend door de bepalingen inzake de bescherming van de persoonsgegevens en inzake het beroepsgeheim.

Artikel 27

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de dienstverrichters en andere personen die bij de uitvoering van dit ontwerp van decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Dit artikel geldt dus voor alle medewerkers van de diensten, de inspecteurs die met toepassing van artikel 32 zijn aangewezen en externe deskundigen.

Artikel 28

Dit artikel biedt het referentiecentrum de mogelijkheid persoonsgegevens te verzamelen en te verwerken voor de uitoefening van zijn decretale opdrachten. Met dit artikel wordt gepreciseerd dat het referentiecentrum 'de verantwoordelijke voor de verwerking' is in de zin van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens. De gegevensverwerking geschiedt uiteraard met inachtneming van de voormelde wet.

Artikel 29

Het staat aan de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens weliswaar niet uitvoerig te beschrijven, maar toch op zijn minst de gegevenscategorieën te vermelden die het referentiecentrum voortaan zal verwerken. Bedoeling is een transparante en voorzienbare basis voor die gegevenscategorieën te maken. De precieze indeling moet door de Regering worden opgemaakt.

Onder de vaardigheden in 6° worden de beroepscompetenties, sociale competenties en taalcompetenties van de migrant verstaan.

Artikel 30

Dit artikel regelt de duur van de verwerkbaarheid van de verzamelde gegevens.

Artikel 31

Dit artikel bepaalt dat de Regering om de drie jaar een verslag bezorgt aan het Parlement; in dat verslag worden de maatregelen vervat in dit decreet geanalyseerd.

Artikel 32

De diensten vermeld in het decreet vallen onder het toezicht van de inspecteurs die door de Regering worden aangewezen. In het artikel staat welke bevoegdheden de aangewezen inspecteurs hebben om overtredingen van het decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan te kunnen vaststellen. De inspecteur legt die overtredingen vast in een procesverbaal.

De Regering kan ook externe deskundigen aanwijzen die de inspecteur in zijn werk ondersteunen.

De subsidies worden gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Artikel 33

Dit artikel bepaalt hoe te werk wordt gegaan wanneer de migrant zijn plicht niet nakomt. Nadat de migrant de mogelijkheid heeft gekregen om gehoord te worden, zenden de diensten de overtreding door aan de inspecteur. De inspecteur maakt een procesverbaal op.

Artikel 34

Dit artikel voorziet in administratieve geldboeten voor migranten die hun plicht in het kader van het integratietraject niet nakomen. De Regering kan die geldboeten opleggen nadat ze het proces-verbaal van de inspecteur heeft ontvangen.

Het artikel bevat ook de procedure en de beroepsmogelijkheden van de kant van de migrant.

Artikel 35

In dit artikel staat dat de Regering bepaalt wie met de invordering van de geldboeten wordt belast en welke bevoegdheden die persoon heeft.

Artikel 36

Dit artikel bepaalt de termijn voor de verjaring van de administratieve geldboeten, alsook de gevallen waarin de termijn gestuit kan worden.

Artikel 37

Dit artikel bepaalt dat migranten die op het ogenblik van inwerkingtreding van dit decreet reeds hun woonplaats hebben in het Duitse taalgebied, vrijgesteld worden van de verplichting om het integratietraject te volgen. Dat belet hen niet om zich vrijwillig bij het referentiecentrum aan te melden. De verplichting geldt alleen voor nieuwkomers-migranten vanaf de inwerkingtreding van het decreet.

Dit artikel bepaalt ook dat de attesten die bewijzen dat het integratietraject voltooid werd en die vóór de inwerkingtreding van het decreet werden afgegeven, gelijkgesteld worden met de attesten bedoeld in het decreet.

Tot slot wordt in deze overgangsbepaling bepaald dat de diensten die al vóór de inwerkingtreding van dit decreet, in het kader van een overeenkomst met de Regering, taken uitvoerden die in dit decreet gedefinieerd worden, twee jaar de tijd hebben om zich aan de erkenningsvoorwaarden aan te passen.

Artikel 38

De streefdatum voor de inwerkingtreding van dit ontwerp van decreet is 1 januari 2018.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet betreffende integratie en samenleven in diversiteit

HOOFDSTUK 1 - ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 - Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op alle diensten en overheidsinstanties die in het Duitse taalgebied werkzaam zijn op gebied van integratie, alsook op alle migranten die hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben.

Art. 2 – Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:
1° migrant: elke persoon die zijn thuisland verlaat en zich duurzaam vestigt in een ander land;
2° integratie: dynamisch langetermijnproces dat tot doel heeft alle personen die hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben, ongeacht hun herkomst, op te nemen in de maatschappij en hen de mogelijkheid te bieden op voet van gelijkheid deel te nemen in alle maatschappelijke domeinen;
3° integratietraject: een opleidings- en begeleidingsprogramma dat is toegesneden op de levensomstandigheden en noden van de migrant, dat bedoeld is om de migrant behulpzaam te zijn bij zijn eerste stappen in de samenleving van het gastland, dat zo goed mogelijk aansluit bij de leefomgeving van de migrant en dat onder meer bestaat uit een taalcursus en een integratiecursus;
4° socio-professionele inschakeling: individuele en gerichte ondersteuning met het oog op de integratie van de migrant in de maatschappij en op de arbeidsmarkt;
5° referentiecentrum: het referentiecentrum voor integratie en migratie, vermeld in hoofdstuk 3;
6° adviescommissie: de adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit, vermeld in hoofdstuk 5;
7° OCMW: openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn;
8° diensten: de gemeenten, de OCMW's, het referentiecentrum en de aanbieders van de taal- en integratiecursussen;
9° instellingen die belast zijn met de socio-professionele inschakeling: de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap en, in bepaalde gevallen, de OCMW's en de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Art. 4 - Beginsel van de integratie

Binnen de perken van het beschikbare aanbod aan integratiemaatregelen, alsook binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen heeft elke migrant met behoefte aan integratie in de zin van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan recht op integratiemaatregelen en, onder bepaalde voorwaarden, de verplichting om die integratiemaatregelen te behartigen.

HOOFDSTUK 2 – INTEGRATIETRAJECT

Art. 5 – Inhoud en beginselen

§ 1 – Het integratietraject wordt georganiseerd door het referentiecentrum en omvat de volgende etappen:
1° het eerste onthaal;
2° de taalcursus;
3° de integratiecursus;
4° de adviesgesprekken met het oog op een socio-professionele oriëntering die is aangepast aan de bekwaamheden en de noden van de migrant.

§ 2 – Vanaf de ondertekening van de overeenkomst over het integratietraject vermeld in artikel 8 heeft de migrant twee jaar de tijd om dat traject te doorlopen. Hij is ertoe verplicht 80% van de cursussen bij te wonen.

De Regering bepaalt onder welke voorwaarden de termijn van twee jaar kan worden verlengd.

§ 3 – Het deelnemen aan het integratietraject is gratis voor de migrant.

Indien een migrant een niet-gesubsidieerde taalcursus volgt die in het kader van het integratietraject erkend is, draagt het referentiecentrum de kosten voor het inschrijvingsgeld van de migrant.

Art. 6 – Doelgroep

§ 1 – Het integratietraject is bedoeld voor alle meerderjarige migranten die hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben of voor asielzoekers in het Duitse taalgebied zodra vier maanden verstreken zijn sinds ze hun asielaanvraag hebben ingediend.

Onder 'asielzoekers' worden migranten verstaan die een aanvraag om erkenning van de vluchtelingenstatus of om de toekenning van de subsidiaire beschermingsstatus in de vorm van een asielaanvraag hebben ingediend overeenkomstig artikel 49/3 van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen.

§ 2 – Elke meerderjarige migrant die een verblijfstitel van minstens drie maanden heeft en zijn woonplaats in het Duitse taalgebied heeft, is ertoe verplicht het integratietraject te volgen.

In afwijking van het eerste lid worden migranten van de daarin vermelde verplichting vrijgesteld, als ze tot één van de volgende categorieën behoren:
1° migranten die de nationaliteit van een EU-Staat, van een Staat van de Europese Economische Ruimte of van Zwitserland hebben;
2° volgende migranten, ook als ze niet één van de nationaliteiten vermeld in 1° hebben:
a) familieleden van een migrant die de nationaliteit van een EU-Staat heeft en voldoet aan de voorwaarden gesteld in de Richtlijn 2004/38/EG van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende het recht van vrij verkeer en verblijf op het grondgebied van de lidstaten voor de burgers van de Unie en hun familieleden, tot wijziging van Verordening (EEG) nr. 1612/68 en tot intrekking van de Richtlijnen 64/221/EEG, 68/360/EEG, 72/194/EEG, 73/148/EEG, 75/34/EEG, 75/35/EEG, 90/364/EEG, 90/365/EEG en 93/96/EEG;
b) familieleden van een migrant die de nationaliteit heeft van een Staat van de Europese Economische Ruimte en die overeenkomstig de Overeenkomst van 2 mei 1992 betreffende de Europese Economische Ruimte gerechtigd is België binnen te komen en daar te verblijven;
c) familieleden van een migrant die overeenkomstig de Overeenkomst tussen de Europese Gemeenschap en haar lidstaten, enerzijds, en de Zwitserse Bondsstaat, ander-

zijds, over het vrije verkeer van personen, gedaan te Luxemburg op 21 juni 1999, gerechtigd is België binnen te komen en daar te verblijven;

3° migranten met een diploma van het secundair of hoger onderwijs van een door de Duitstalige Gemeenschap of een andere gemeenschap georganiseerde, gesubsidieerde of erkende onderwijsinstelling;

4° meerderjarige leerlingen en studenten;

5° personen die de wettelijke pensioenleeftijd bereikt hebben;

6° diplomaten, met inbegrip van de personen die binnen het toepassingsgebied vallen van het Verdrag van Wenen van 24 april 1963 inzake consulair verkeer, alsook personeelsleden van internationale organisaties overeenkomstig de bepalingen van de dienovereenkomstige zetelakkoorden;

7° beroepssporters die aangesteld zijn in het kader van een arbeidsovereenkomst voor betaalde sportbeoefenaars overeenkomstig de wet van 24 februari 1978 betreffende de arbeidsovereenkomst voor betaalde sportbeoefenaars;

7° migranten die een arbeidskaart B hebben;

8° migranten die op grond van een ziekte of beperking die met een medisch attest wordt aangetoond, tijdelijk of blijvend in de onmogelijkheid verkeren het integratietraject te volgen;

9° migranten die kunnen bewijzen dat ze al een integratietraject hebben gevolgd in een andere territoriale entiteit van België;

10° migranten die al meer dan drie jaar in België wonen.

§ 3 – De groepen personen vermeld in § 1 en in § 2, tweede lid, kunnen kiezen of ze het integratietraject volgen. Ze worden bediend voor zover er nog plaatsen beschikbaar zijn. Indien ze beslissen om een overeenkomst over het integratietraject te ondertekenen, moeten ze het integratietraject voltooien.

Art. 7 – Eerste onthaal

§ 1 – De gemeente waar de nieuwkomer-migrant ingeschreven is, licht de migrant in over het integratiebeleid in de Duitstalige Gemeenschap.

De gemeente bezorgt de migrant minstens de volgende inlichtingen en dit zowel mondeling als in de vorm van een door het referentiecentrum uitgewerkt en tegen ontvangstbevestiging afgegeven informatiebrochure:

1° de verplichting of de mogelijkheid om aan het integratietraject deel te nemen;

2° de eventuele administratieve sancties bij niet-naleving van de verplichting;

3° de contactgegevens van het referentiecentrum.

§ 2 – De gemeente bezorgt het referentiecentrum wekelijks een lijst van de contactgegevens van de migranten zodat het referentiecentrum contact met hen kan opnemen. Die lijst bevat:

1° de naam en voornaam van de migrant;

2° de contactgegevens van de migrant;

3° de datum van inschrijving in de gemeente;

4° een kopie van de ontvangstbevestiging vermeld in § 1, tweede lid.

§ 3 – De migrant biedt zich binnen drie maanden na inschrijving in de gemeente bij het referentiecentrum aan.

Uiterlijk één maand vóór het verstrijken van de termijn stuurt het referentiecentrum aan de migrant een aanmaning met de vermelding dat hij verplicht is aan het integratietraject deel te nemen en met de vermelding dat hem een administratieve geldboete wordt opgelegd als hij de verplichting niet naleeft.

Overeenkomstig artikel 33 licht het referentiecentrum de inspecteurs in over de migrant die zijn verplichting niet nagekomen is na het verstrijken van de termijn vermeld in

het eerste lid.

Art. 8 – Overeenkomst over het integratietraject

Binnen een termijn van 30 dagen nadat de migrant zich bij het referentiecentrum heeft aangeboden, maakt het referentiecentrum de sociale balans vermeld in artikel 14, eerste lid, 1°, a), op. Die balans vormt de grondslag voor de overeenkomst over het integratietraject.

De overeenkomst over het integratietraject bevat ten minste:
1° de verplichting van het referentiecentrum ten aanzien van de migrant;
2° de verplichting van de migrant ten aanzien van het integratietraject;
3° de gevolgen bij niet-naleving van de overeenkomst.

Art. 9 – Taalcursussen

§ 1 – In het kader van het integratietraject volgen de migranten een laagdrempelige of een intensieve taalcursus om Duits te leren.

Onder de voorwaarden bepaald door de Regering geldt de verplichting vermeld in het eerste lid als vervuld als de migrant een cursus in één van de beide andere landstalen volgt. In het kader van de sociale balans vermeld in artikel 14, eerste lid, 1°, a), gaat het referentiecentrum na of die voorwaarden van toepassing zijn op de migrant.

§ 2 – De Regering bepaalt de voorwaarden en de procedure voor de erkenning van de taalcursussen. Die omvatten ten minste:
1° het bekwaamheidsbewijs van het onderwijzend personeel;
2° het aantal cursisten per groep;
3° het aantal lesuren.

De Regering bepaalt het bedrag en de voorwaarden voor de subsidiëring van de erkende taalcursussen.

§ 3 – De taalcursussen hebben tot doel de cursisten het niveau A2 van het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen bij te brengen.

Indien bij de niveautest vermeld in § 4 vastgesteld wordt dat de migrant het Latijnse alfabet niet beheerst, geldt het niveau A1 van het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen als doel.

§ 4 – Om te bepalen welke taalcursus geschikt is, voert het referentiecentrum een niveautest uit overeenkomstig de door de Regering vastgestelde regels.

Indien bij de niveautest vastgesteld wordt dat de migrant al het niveau A2 overeenkomstig het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen van één van de landstalen bezit, wordt hij vrijgesteld van de verplichting om de taalcursus te volgen.

§ 5 – De OCMW's of de gemeenten stellen de lokalen voor de taalcursussen die in het kader van dit decreet gesubsidieerd worden, ter beschikking.

Art. 10 – Integratiecursus

§ 1 – In het kader van het integratietraject volgen de migranten een integratiecursus over het functioneren van de maatschappij hier ter plaatse.

§ 2 – De Regering bepaalt de voorwaarden en de procedure voor de erkenning van de

integratiecursus. Die omvatten ten minste:
1° het bekwaamheidsbewijs van het onderwijzend personeel;
2° het aantal cursisten per groep;
3° het aantal lesuren;
4° de inhoud van de cursussen.

De Regering bepaalt het bedrag en de voorwaarden voor de subsidiëring van de erkende integratiecursussen.

§ 3 - Die cursussen hebben tot doel ervoor te zorgen dat de migrant kennis verwerft over de rechten en plichten in de maatschappij, alsook over het functioneren van de maatschappij hier ter plaatse, zodat hij zelf de weg vindt in de maatschappij.

§ 4 - De integratiecursus wordt in het Duits gegeven.

In de door de Regering bepaalde gevallen kan de migrant de integratiecursus ook in één van de andere landstalen volgen, als hij de taalcursus bedoeld in artikel 9, § 1, tweede lid, al in een andere landstaal heeft voltooid. De in een andere gemeenschap gevolgde en erkende cursus wordt gelijkgesteld met de cursus gegeven in de Duitstalige Gemeenschap.

Ter uitvoering van het tweede lid kan de Regering, met andere territoriale entiteiten van België bevoegd voor integratie, samenwerkingsakkoorden sluiten over de voorwaarden en de nadere regels om de uitvoering van bepaalde taken en/of activiteiten te kunnen overdragen of om tegen betaling gebruik te kunnen maken van bestaande hulpmiddelen.

§ 5 - De OCMW's of gemeenten stellen de lokalen voor de integratiecursussen die in het kader van dit decreet ondersteund worden, ter beschikking.

Art. 11 - Socio-professionele inschakeling

§ 1 - In het kader van de maatschappelijke integratie verwijst het referentiecentrum de migrant door naar het aanbod aan socio-culturele activiteiten of sportactiviteiten die aan zijn interesses en behoeften tegemoetkomen.

In het kader van de integratie op de arbeidsmarkt verwijst het referentiecentrum de migrant, na een informatiegesprek, door naar de instellingen die belast zijn met de socio-professionele inschakeling.

§ 2 - De socio-professionele inschakeling heeft tot doel de migranten in hun oriëntering te begeleiden, zodat ze zelf hun weg vinden in de maatschappij.

Art. 12 - Attest dat het integratietraject werd voltooid

Nadat de migrant alle etappen van het integratietraject heeft voltooid en de voorwaarden vermeld in artikel 5, § 2, vervult, geeft het referentiecentrum hem een attest dat het integratietraject werd voltooid.

Dat attest bevat ten minste:
1° de naam van de migrant;
2° de voltooide etappen;
3° de periode waarbinnen het integratietraject werd voltooid;
4° de bevestiging dat de migrant minstens 80% van de taal- en integratiecursussen heeft bijgewoond.

HOOFDSTUK 3 – REFERENTIECENTRUM VOOR INTEGRATIE EN MIGRATIE

Art. 13 – Erkenning van een referentiecentrum

§ 1 – De Regering erkent één instelling in de Duitstalige Gemeenschap als referentiecentrum voor integratie en migratie dat zich bezighoudt met migratie en met de integratie van migranten. Dat referentiecentrum voldoet ten minste aan de volgende criteria:

1° de bepalingen van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan naleven;

2° migranten adviseren en begeleiden, alsook andere diensten inzake integratie aanbieden;

3° over gekwalificeerd personeel beschikken dat aan de door de Regering vastgelegde minimale voorwaarden voldoet;

4° de controle van de Regering met betrekking tot de toepassing van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan aanvaarden.

§ 2 – De Regering bepaalt de procedure voor de toekenning, schorsing en intrekking van de erkenning.

De erkenning wordt voor onbepaalde duur toegekend.

Art. 14 – Taken

Met betrekking tot de migranten heeft het referentiecentrum in het bijzonder de volgende taken:

1° met behoud van de toepassing van artikel 7 een intakegesprek voeren dat ten minste de volgende stappen omvat:

a) het uitwerken van een sociale balans die ten minste de contactgegevens van de migrant, gegevens over de algemene situatie van de migrant en de behoeften van de migrant bevat;

b) het sluiten van een aan de migrant aangepaste overeenkomst over het integratietraject overeenkomstig artikel 8;

c) het doorsturen naar de diensten en de instellingen die belast zijn met de socioprofessionele inschakeling om de overeenkomst over het integratietraject uit te voeren;

2° het begeleiden in het kader van het integratietraject, in de vorm van een passende en op de behoeften afgestemde ondersteuning en stimulering in samenwerking met de migrant;

3° de adviesgesprekken over maatschappelijke integratie overeenkomstig artikel 11;

4° ten minste om het half jaar nagaan of de overeenkomst over het integratietraject overeenkomstig artikel 8 wordt uitgevoerd;

5° het afgeven van het in artikel 12 vermelde attest dat het integratietraject voltooid is;

6° het aanbevelen van integratiemaatregelen als het deelnemen aan het integratietraject niet verplicht is;

7° de public relations verzorgen om migranten proactief aan te moedigen om vrijwillig deel te nemen aan het integratietraject;

8° advies verlenen, in het bijzonder over het verblijfsrecht, de gezinshereniging, de asielprocedure en het verwerven van de Belgische nationaliteit;

9° het centraliseren en registreren van statistische gegevens.

Met betrekking tot de rechtspersonen en natuurlijke personen die in het Duitse taalgebied met migranten werken, heeft het referentiecentrum in het bijzonder de volgende taken:

1° inlichtingen verstrekken over het verblijfsrecht, over de rechten en plichten van migranten en over de bestaande dienstverlening;

2° verscheidene voortgezette opleidingen aanbieden, in het bijzonder over het verblijfsrecht en integratie;

3° netwerken door deel te nemen aan thematische werkgroepen;

4° de procesbegeleiding voor de interculturele dialoog in het onderwijs door met de ouders te werken en bijscholingen aan te bieden.

Met betrekking tot de bevolking in het algemeen heeft het referentiecentrum in het bijzonder de volgende taken:
1° de bewustwording van de bevolking bevorderen en de bevolking informeren;
2° de public relations verzorgen.

De Regering kan het referentiecentrum belasten met de uitvoering van alle opdrachten die ze in het kader van haar bevoegdheden aan het referentiecentrum toevertrouwd.

Art. 15 – Subsidiëring en personeelsbepalingen

§ 1 – Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering, onder de door haar bepaalde voorwaarden, aan het referentiecentrum subsidie voor personeels- en werkingskosten toekennen voor de uitvoering van de taken vermeld in artikel 14.

Het in artikel 5, § 3, tweede lid, vermelde en door het referentiecentrum betaalde inschrijvingsgeld van de migrant wordt in het kader van een overeenkomst tussen de Regering en het referentiecentrum als werkingskosten aangenomen en wordt aan het referentiecentrum terugbetaald.

§ 2 – Voor de uitvoering van de taken bepaald in artikel 14 beschikt het referentiecentrum over het daartoe nodige geschoold personeel.

Met inachtneming van dit decreet legt de Regering de kwalificaties en de andere bekwaamheidsvereisten vast waaraan het personeel moet voldoen.

Art. 16 – Beheerscontract

Het referentiecentrum en de Regering kunnen de subsidiëring en een nadere taakomschrijving vastleggen in het kader van beheerscontracten overeenkomstig artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 4 – ONDERSTEUNING VAN INTEGRATIEMAATREGELEN

Art. 17 – Gemeentelijke integratieambtenaren

Er zijn twee gemeentelijke integratieambtenaren in het Duitse taalgebied.

De Regering bepaalt de taken van de gemeentelijke integratieambtenaren, alsook onder welke voorwaarden die betrekkingen ondersteund worden.

Het bedrag van de subsidie, de uitbetalingsregeling en de nadere regels voor de uitvoering van de taken worden vastgelegd in het kader van overeenkomsten tussen de gemeenten of OCMW's en de Regering.

Art. 18 – Gemeentelijke ondersteuning

De gemeenten nemen, binnen hun bevoegdheid en op basis van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan, nog andere maatregelen om de integratie te bevorderen, waarbij rekening wordt gehouden met de volgende doelstellingen:
1° betrekking hebben op het vormgeven van het respectvolle samenleven op lokaal niveau;

2° betrekking hebben op de interculturele vorming van sociale instellingen;
3° vrijwilligerswerk door en voor migranten bevorderen;
4° betrekking hebben op de participatie van jonge migranten in de maatschappij, aangepast aan de leeftijd;
5° tegen discriminatie van migranten gericht zijn;
6° de maatschappelijke bewustwording bevorderen.

Art. 19 – Innovatieve projecten

§ 1 –Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en in het kader van een overeenkomst met een projectaanbieder kan de Regering projecten ondersteunen voor een periode die beperkt is tot hoogstens twee jaar. Die projecten bestaan uit innovatieve activiteiten om integratie te bevorderen en het samenleven in diversiteit te verbeteren; ze houden rekening met de doelstellingen vermeld in artikel 18 en voldoen aan de volgende voorwaarden:
1° de projecten zijn lokaal verankerd;
2° de projecten spelen in op de noden van de doelgroep;
3° de doelgroep wordt betrokken bij de uitwerking of concretisering van het project;
4° het project biedt een meerwaarde ten opzichte van reeds bestaande projecten van de aanvrager;
5° de doelen van het project zijn duidelijk gedefinieerd, meetbaar en realistisch.

De projectaanbieder bezorgt de Regering binnen een maand na de vastgelegde einddatum van het project een eindverslag dat een financiële en inhoudelijke balans van het project omvat.

§ 2 - De aanvraag om ondersteuning van een innovatief project wordt ingediend bij de Regering en bevat de volgende gegevens:
1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de aanvrager;
2° bewijs dat er behoefte aan het project bestaat en dat het project innovatief is;
3° uitvoerige beschrijving van het project;
4° tijdschema voor de uitvoering van het project;
5° evaluatiecriteria;
6° kostenraming en financieringsplan.

De Regering beslist binnen drie maanden, te rekenen vanaf de indiening van de volledige aanvraag, of het project ondersteund wordt.

HOOFDSTUK 5 – ADVIESCOMMISSIE VOOR INTEGRATIE EN SAMENLEVEN IN DIVERSITEIT

Art. 20 – Oprichting van de adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit

Er wordt een adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit opgericht.

Art. 21 - Taken van de adviescommissie

De adviescommissie heeft tot taak:
1° adviezen over integratiemaatregelen te verstrekken, op eigen initiatief of op verzoek van de Regering of het Parlement;
2° de situatie van migranten in de Duitstalige Gemeenschap volgen en analyseren;
3° op eigen initiatief of op verzoek van de Regering of het Parlement voorstellen uitwerken om het integratiebeleid en de ondersteuning van de integratie en het samenleven in diversiteit te bevorderen;
4° het bestaande aanbod en de vastgestelde behoefte op het gebied van integratie en

samenleven in diversiteit analyseren;
5° voorstellen uitwerken om de samenwerking en netwerkvorming te verbeteren onder al degenen die actief betrokken zijn bij de integratie;
6° openbare debatten over onderwerpen die relevant zijn voor de integratie bevorderen;
7° vrijwilligerswerk op gebied van integratie aanmoedigen;
8° minstens om de drie jaar een specifiek forum over integratie en samenleven in diversiteit organiseren;
9° meewerken aan het driejaarlijkse verslag vermeld in artikel 31;
10° op eigen initiatief of op verzoek van de Regering of het Parlement vertegenwoordigd zijn in federaties die zich over integratievraagstukken buigen en dit op het niveau van de gemeenschappen, de federale overheid, de euregio of op internationaal niveau.

De Regering vraagt het advies van de adviescommissie over elk voorontwerp van decreet of besluit dat betrekking heeft op de socio-professionele integratie van migranten. De adviescommissie verstrekt het advies binnen een termijn van dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Die termijn wordt van rechtswege verlengd met vijftien dagen indien hij tussen 1 juli en 31 augustus begint te lopen of verstrijkt. Na het verstrijken van die termijn kan de Regering het ontwerp zonder advies goedkeuren.

Art. 22 – Samenstelling van de adviescommissie

§ 1 - De adviescommissie telt ten minste de volgende stemgerechtigde leden:
1° de gemeentelijke integratieambtenaren;
2° een vertegenwoordiger van het referentiecentrum;
3° een vertegenwoordiger van de aanbieders van cursussen die in het kader van dit decreet ondersteund worden;
4° twee vertegenwoordigers van het maatschappelijk middenveld, onder wie ten minste één migrant;
5° een vertegenwoordiger van de OCMW's;
6° één vertegenwoordiger per opvangcentrum.

De volgende leden van de adviescommissie hebben een raadgevende stem:
1° één vertegenwoordiger van de minister die bevoegd is voor integratie;
2° één vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Op de voordracht van de adviescommissie kan de Regering nog andere leden aanwijzen.

§ 2 - De adviescommissie kiest uit haar stemgerechtigde leden, voor de duur van het mandaat, een voorzitter en een plaatsvervangend voorzitter.

§ 3 - De Regering wijst de leden van de adviescommissie aan en wijst voor elk van hen een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in § 1, eerste lid, worden aangewezen op de voordracht van de organisaties die in de adviescommissie vertegenwoordigd zijn, met uitzondering van de migrant vermeld in § 1, eerste lid, 4°, die wordt aangewezen op de voordracht van het referentiecentrum.

Het mandaat van de leden duurt ten hoogste vijf jaar en kan worden verlengd.

Op verzoek van de betreffende organisatie kan de Regering het mandaat van een lid vroegtijdig beëindigen en een nieuw lid aanwijzen dat het mandaat van zijn voorganger voortzet.

Art. 23 – Werkwijze van de adviescommissie

§ 1 - De eerste vergadering van de adviescommissie vindt ten laatste twee maanden na de aanwijzing van de leden ervan plaats.

Binnen twee maanden na deze eerste vergadering neemt de adviescommissie een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dat huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de adviescommissie.

§ 2 - De beslissingen van de adviescommissie worden genomen bij meerderheid van stemmen, uitgebracht door de aanwezige leden. De adviescommissie kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, als ten minste de helft van de leden aanwezig is.

Indien de adviescommissie niet rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen waarop de adviescommissie rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, ongeacht de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

§ 3 - Om haar taken te vervullen, kan de adviescommissie deskundigen op de vergaderingen of de fora vermeld in artikel 21, eerste lid, 8°, uitnodigen. Zij wonen de vergaderingen met raadgevende stem bij. Bovendien kan de adviescommissie werkgroepen oprichten.

Art. 24 – Activiteitenverslag

Op 30 april van elk kalenderjaar, met uitzondering van het oprichtingsjaar, stelt de adviescommissie, voor de Regering, een verslag op over haar werkzaamheden van het afgelopen jaar.

Art. 25 – Presentiegelden en reiskostenvergoedingen

De stemgerechtigde leden van de adviescommissie en de deskundigen die met toepassing van artikel 23, § 3, de vergaderingen of fora bijwonen, hebben recht op presentiegelden en reiskostenvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

HOOFDSTUK 6 – SAMENWERKING, VERTROUWELIJKHEID EN BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 26 – Samenwerking

Onverminderd de bepalingen van dit hoofdstuk en in het bijzonder onverminderd artikel 34 zijn de diensten die ter uitvoering van dit decreet belast zijn met de integratie tot samenwerking verplicht. Ze werken overeenkomstig dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan. De diensten wisselen informatie uit over de reeds genomen integratiemaatregelen.

De samenwerking geschiedt met inachtneming van de verdeling van de taken en bevoegdheden.

Art. 27 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de diensten die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 28 – Verwerking van persoonsgegevens

Het referentiecentrum is de verantwoordelijke voor de verwerking van persoonsgegevens vermeld in dit hoofdstuk in de zin van artikel 1, § 4, van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

Het referentiecentrum verzamelt en verwerkt persoonsgegevens voor de uitvoering van zijn wettelijke of decretale opdrachten, in het bijzonder voor de uitvoering van de taken vermeld in hoofdstuk 3. Het mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van zijn wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 29 – Gegevenscategorieën

Het referentiecentrum en de inspecteurs en externe deskundigen die overeenkomstig artikel 32 zijn aangewezen, kunnen alle overeenkomstig artikel 28 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verzamelen en verwerken:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de migrant;
2° gegevens over het einddiploma of, naargelang van het geval, de opleiding van de migrant;
3° gegevens over de gezinssituatie van de migrant;
4° gegevens over de sociale en financiële situatie van de migrant;
5° gegevens over de vrijetijdsbesteding en interesses van de migrant;
6° gegevens over de bekwaamheden en vaardigheden van de migrant;
7° gevoelige gegevens van de migrant vermeld in artikel 6 van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

Nadat de Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer advies heeft verstrekt, preciseert de Regering de gegevenscategorieën vermeld in het eerste lid en de duur van de gegevensverwerking vermeld in artikel 30.

Art. 30 – Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen niet langer dan noodzakelijk is voor de verwezenlijking van de doeleinden waarvoor ze verwerkt worden in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Onverminderd de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

HOOFDSTUK 7 – INTEGRATIEVERSLAG

Art. 31 – Driejaarlijks verslag

De Regering bezorgt het Parlement om de drie jaar een verslag over de toepassing en de werkzaamheid van dit decreet. Dat geschiedt uiterlijk op 31 maart van het daaropvolgende jaar.

HOOFDSTUK 8 – CONTROLE- EN STRAFBEPALINGEN

Art. 32 – Inspectie en controle

§ 1 – De diensten vermeld in dit decreet vallen onder het toezicht van de inspecteurs die door de Regering worden aangewezen. De inspecteurs zijn belast met het vaststellen van overtredingen van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan en met het opstellen van proces-verbaal over die overtredingen.

De met het toezicht belaste inspecteurs mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden. Ze kunnen:

1° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig kan zijn voor de uitoefening van het toezicht;

2° zich ter plaatse alle bescheiden voorgeschreven bij dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan laten overleggen en afschriften of uittreksels daarvan maken;

3° alle documenten inzien die noodzakelijk zijn om hun opdracht te vervullen;

4° alle ruimten van de dienst die niet als woongelegenheid dienen, te allen tijde inspecteren;

5° voor de uitoefening van hun ambt de hulp van de lokale of federale politie vragen;

6° met inachtneming van de voorwaarden vermeld in 4° de onderzoeken en controles uitvoeren zonder voorafgaande aanmelding en zonder door een vertegenwoordiger van de dienst begeleid te worden. In dat geval ontvangt de dienst daarna zo spoedig mogelijk een kennisgeving.

Het proces-verbaal geldt tot het tegendeel is bewezen.

§ 2 - De Regering kan externe deskundigen, onder toezicht van de inspecteurs, belasten met het onderzoek en de beoordeling van een dienst. In dat geval ondersteunen de met die taken belaste deskundigen de inspecteurs bij de uitoefening van hun bevoegdheden vermeld in § 1.

§ 3 – De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Art. 33 – Inbreuken op de verplichtingen van de migrant

§ 1 – De diensten melden alle bij hen bekende inbreuken op de verplichtingen van de migrant aan de krachtens artikel 32 aangewezen inspecteurs.

§ 2 – Indien de migrant zijn verplichtingen vervat in hoofdstuk 2 niet nakomt, meldt het referentiecentrum die inbreuk bij de krachtens artikel 32 aangewezen inspecteurs; voordat het referentiecentrum dat meldt, biedt het de migrant eerst de mogelijkheid om gehoord te worden.

De inspecteurs leggen de inbreuk vast in een proces-verbaal van vaststelling. Daarbij beschikken ze over alle bevoegdheden vermeld in artikel 32, § 1, tweede lid.

Art. 34 – Opleggen van administratieve geldboeten

§ 1 – Er wordt een administratieve geldboete van 100 euro opgelegd aan de migrant die:

1° het integratietraject vermeld in hoofdstuk 2 voortijdig en om ongeldige redenen heeft afgebroken;

2° na het verstrijken van de termijn vermeld in artikel 7, § 3, eerste lid, zich niet bij het referentiecentrum heeft aangeboden.

De Regering bepaalt welke redenen voor het afbreken van het integratietraject geldig zijn.

Indien binnen één jaar na opmaak van het proces-verbaal van vaststelling vermeld in artikel 33 een nieuwe inbreuk wordt vastgesteld, wordt de boete vermeld in het eerste lid verdubbeld, waarbij de administratieve geldboeten voor een migrant het bedrag van 2.500 euro niet mogen overschrijden.

§ 2 – Vanaf de ontvangst van het proces-verbaal van vaststelling vermeld in artikel 33 heeft de Regering zes maanden de tijd om een administratieve geldboete op te leggen.

§ 3 – Indien de Regering beslist om een administratieve procedure in te stellen, deelt ze de overtreder per aangetekende brief het volgende mee:

1° de daden en de kwalificatie ervan;

2° dat de overtreder zijn verweermiddelen naar voren kan brengen binnen een termijn van vijftien kalenderdagen die ingaat vanaf de dag van de kennisgeving per aangetekende brief en dat hij daarbij het recht heeft om de Regering om een mondelinge verdediging te verzoeken;

3° dat de overtreder het recht heeft zich door een raadsman te laten bijstaan of te laten vertegenwoordigen;

4° dat de overtreder recht op inzage in het dossier heeft;

5° een kopie van het proces-verbaal van vaststelling vermeld in artikel 33.

De Regering bepaalt de dag waarop de overtreder verzocht wordt zich mondeling te verdedigen.

§ 4 – De Regering kan de administratieve geldboete opleggen na het verstrijken van de termijn bepaald in § 3, 2°, of - als de overtreder meedeelt dat hij de daden niet betwist of als de overtreder of diens raadsman de zaak mondeling of schriftelijk heeft verdedigd - vóór het verstrijken van die termijn.

De Regering brengt haar beslissing per aangetekende brief ter kennis van de overtreder en bezorgt een kopie aan het referentiecentrum.

De kennisgeving bevat ook de inlichtingen vermeld in artikel 9, § 1, artikel 10 en artikel 12 van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

§ 5 – De beslissing om een administratieve geldboete op te leggen is uitvoerbaar na het verstrijken van een termijn van één maand die ingaat vanaf de dag van kennisgeving, tenzij overeenkomstig § 6 beroep wordt ingesteld.

De administratieve geldboete wordt geïnd ten gunste van de Duitstalige Gemeenschap.

De administratieve geldboete wordt vereffend binnen een maand na de dag waarop de beslissing uitvoerbaar is geworden, door betaling of overschrijving op een rekening van de Regering aan de hand van een betalings- of overschrijvingsformulier.

§ 6 – Binnen een maand na kennisgeving van de beslissing kan de overtreder bij verzoekschrift beroep instellen bij de politierechtbank.

De politierechtbank doet uitspraak over het beroep tegen de administratieve geldboete in een openbare behandeling op tegenspraak. De politierechtbank beslist over de rechtmatigheid en de evenredigheid van de opgelegde geldboete. Ze kan de beslissing van de Regering ofwel bevestigen, ofwel wijzigen.

Tegen de beslissing van de politierechtbank kan geen hoger beroep worden ingesteld.

De bepalingen van het Gerechtelijk Wetboek zijn van toepassing op het beroep bij de politierechtbank.

§ 7 – De migrant aan wie een administratieve geldboete werd opgelegd, is ertoe verplicht het integratietraject binnen twee maanden na de kennisgeving van de beslissing te hervatten. Het referentiecentrum bezorgt de Regering de bevestiging dat de migrant het traject hervat heeft.

Indien die bevestiging niet binnen de termijn vermeld in het eerste lid is ingediend, legt de Regering de migrant opnieuw een administratieve geldboete op overeenkomstig § 1. Onverminderd het maximale bedrag vermeld in § 1, derde lid, wordt deze handelwijze bij elke nieuwe overtreding herhaald.

Art. 35 – Invordering van administratieve geldboeten

De Regering wijst de personen aan die belast zijn met de invordering van de onbetwiste en opeisbare administratieve geldboeten en eventuele invorderingskosten.

De personen vermeld in het eerste lid zijn bevoegd om:
1° een betalingsbevel uit te vaardigen;
2° een betalingsbevel te viseren, uitvoerbaar te verklaren en bij exploot van een gerechtsdeurwaarder aan de overtreder te betekenen;
3° de schuldenaars die een bijzondere noodsituatie kunnen aantonen, uitstel van betaling of gespreide betalingen toe te staan.

Art. 36 – Verjaring van de administratieve geldboeten

De administratieve geldboeten verjaren na verloop van vijf jaar, te rekenen vanaf de datum waarop ze betaald moeten worden.

Die termijn kan gestuit worden, ofwel zoals bepaald in de artikelen 2244 en volgende van het Burgerlijk Wetboek, ofwel door afstand van de verkregen verjaring. Indien de verjaring gestuit wordt, gaat - vijf jaar na de laatste handeling met stuiting van de vorige verjaring - een nieuwe verjaring in die op dezelfde wijze kan worden gestuit als er geen geding aanhangig is.

HOOFDSTUK 9 - SLOTBEPALINGEN

Art. 37 – Overgangsbepalingen

§ 1 – De verplichting vermeld in artikel 6, § 2, eerste lid, geldt niet voor migranten die reeds vóór de inwerkingtreding van dit decreet hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben.

De migranten vermeld in het eerste lid kunnen zich rechtstreeks tot het referentiecentrum wenden om de vrijwillige deelneming aan het integratietraject aan te vragen.

§ 2 – De attesten dat het integratietraject voltooid werd en die reeds voor de inwerkingtreding van dit decreet afgegeven werden, worden gelijkgesteld met de attesten in de zin van artikel 12.

§ 3 – De Diensten die voor inwerkingtreding van dit decreet in het kader van een overeenkomst met de Regering de taken van een referentiecentrum uitoefenden, hebben

tot hoogstens twee jaar na de inwerkingtreding van dit decreet de tijd om zich aan te passen aan de erkenningsvoorwaarden bepaald in artikel 13.

Art. 38 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2018.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS